

Von der Anerkennung zum Kalten Krieg: Die USA und die Sowjetunion 1933 - 1947

Hans-Jürgen Schröder

I.

Angesichts der zentralen Bedeutung des Ost-West-Konfliktes¹ für die gesamte Nachkriegszeit überrascht es nicht, daß sich auch die historische Forschung in zunehmendem Maße der Geschichte des Kalten Krieges und seiner Entstehung gewidmet hat. Allerdings gibt es auch kaum ein Thema der jüngsten amerikanischen Geschichte, das derart kontrovers diskutiert wird, wie die Frage nach der Verantwortlichkeit Washingtons für die im folgenden an einigen Beispielen skizzierte Genesis des Kalten Krieges². Begünstigt wurde die intensive Auseinandersetzung der neueren amerikanischen und auch westeuropäischen Geschichtsschreibung mit diesem Themenbereich vor allem durch zwei Faktoren. Zum einen hat die stark von William Appleman Williams beeinflusste revisionistische Geschichtsschreibung die Frage nach den innenpolitischen und namentlich ökonomischen Antriebskräften der amerikanischen Außenpolitik prinzipiell aufgeworfen und damit der Diskussion über die amerikanische Außenpolitik eine neue Dimension verliehen³. Zum anderen hat die sich ständig verbessernde Quellenlage zur amerikanischen Außenpolitik und

¹ Einen guten Überblick gibt jetzt Werner Link, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1980.

² Die bisher ausgewogenste Darstellung der Genesis des Kalten Krieges gibt John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War*, New York 1972, 2. Aufl. New York 1976; vgl. zur Einführung außerdem den Beitrag von George C. Herring, *The Cold War*, in: Alexander DeConde (ed.), *Encyclopedia of American Foreign Policy. Studies of the Principal Movements and Ideas*, New York 1978, I, S. 111-123, sowie die entsprechenden Abschnitte bei Walter LaFeber, *America, Russia, and the Cold War 1945-1975*, 4. Aufl. New York 1980 und Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt 1941-1955*, München 1980, mit jeweils umfangreichen Literaturangaben. Einige wichtige Dokumente sind abgedruckt bei Walter LaFeber (ed.), *The Origins of the Cold War, 1941-1947: A Historical Problem with Interpretations and Documents*, New York 1971 und Joseph M. Siracusa (ed.), *The American Diplomatic Revolution. A Documentary History of the Cold War 1941-1947*, Milton Keynes 1976; zahlreiche wichtige Beiträge enthalten die Reader von Thomas G. Paterson (ed.), *The Origins of the Cold War*, 2. Aufl. Lexington, Mass. 1974, Jack Stuart (ed.), *Succession or Repudiation? Realities of the Truman Presidency*, New York 1975; Gerald Kurland (ed.), *The Failure of Diplomacy. The Origins of the Cold War*, New York 1975. Angesichts der Fülle der Spezialliteratur kann es sich bei den folgenden Angaben nur um die Auswahl der wichtigsten Titel handeln. Für zahlreiche Literaturhinweise danke ich Ute Preuße. In den Anmerkungen werden folgende Abkürzungen benutzt: FDRL (Franklin D. Roosevelt Library), FO (Foreign Office), FRUS (Foreign Relations of the United States), NA (National Archives), PRO (Public Record Office), RG (Record Group).

³ Vgl. insbesondere William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, 3. Aufl. New York 1972 (deutsch: *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, Frankfurt/Main 1973); ders., *The Contours of American History*, 2. Aufl. Chicago 1966; ders., *The Roots of the Modern American Empire. A Study of the Growth and Shaping of Social Consciousness in a Marketplace Society*, New York 1969; ders. (ed.), *From Colony to Empire. Essays in the History of American Foreign Relations*, New York 1972; ders., *Empire as a Way of Life. An Essay on the Causes and Character of America's Present Predicament Along with a Few Thoughts about an Alternative*, New York 1980; außerdem

insbesondere die Öffnung der Akten des State Department der Forschung wichtige Impulse gegeben⁴.

Über zwei Jahrzehnte lang ist die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg primär als Reaktion auf die sowjetische Politik interpretiert worden. Die von dem amerikanischen Diplomaten George F. Kennan in der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs“ im Juli 1947 formulierte Strategie der Eindämmung⁵ als einer zwingenden Notwendigkeit der von ihm diagnostizierten ideologischen und territorialen Expansionsbestrebungen der Sowjetunion wurde in der gesamten westlichen Welt in einem derart starken Maße akzeptiert, daß das von Kennan postulierte Containment-Konzept die Frage nach der Rolle der Regierungen Roosevelt und Truman bei der Genesis des Kalten Krieges lange verdeckt hat. Seit Mitte der 60er Jahre und verstärkt seit den 70er Jahren sind jedoch zahlreiche Untersuchungen „revisionistischer“ Historiker publiziert worden, die sich mit der Rooseveltschen und Trumanschen Politik der 40er Jahre insofern kritisch auseinandersetzen, als sie die von ihnen aufgeworfene Frage nach den innenpolitischen Antriebskräften der amerikanischen Außenpolitik zu beantworten suchen, um damit die Motive der Washingtoner Diplomatie umfassender als die sog. „traditionelle“ Geschichtsschreibung analysieren zu können.

Die neuere Geschichtsschreibung hat dann vor allem darauf hingewiesen, daß Franklin D. Roosevelt keineswegs eine isolationistische Politik betrieben hat. Bei der Lösung seiner politischen Hauptaufgabe, der Bekämpfung der Depression, konzentrierte sich Roosevelt zwar auf binnenwirtschaftliche Maßnahmen, die ökonomische Expansion über die Grenzen hinaus war jedoch integraler Bestandteil der Rooseveltschen Krisentherapie: Die „Wohlfahrt“ der USA wurde auch im New Deal an eine erfolgreiche Außenwirtschaftspolitik gebunden⁶. Zur Sicherung dieser wirtschaftlichen Interessen, der wegen ihrer Stabilisierungsfunktion für das „American System“ gesamtpolitische Bedeutung zukam, suchte auch die Roosevelt Administration das seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von Washington verfolgte Prinzip der Offenen Tür durchzusetzen. Dieser Open Door Policy lag die Überlegung zugrunde, daß sich der amerikanische Handel bei formaler Gleichstellung als konkurrenzfähig, letztlich sogar als überlegen erweisen werde⁷. Die maximalen Entfaltungsmöglichkeiten des amerikanischen Wirtschaftspotentials bei formaler Gleichstellung von Handels- und Kapitalbeziehungen mit anderen Industriestaaten und die sich daraus ergebende Perspektive einer informellen Einflußnahme auch im politischen Bereich lassen sich vor allem am Beispiel der Washingtoner Lateinamerika-

brechenden Arbeiten von Walter LaFeber, *The New Empire. An Interpretation of American Expansion 1860-1898*, 2. Aufl. Ithaca, New York 1965; Thomas J. McCormick, *China Market. America's Quest for Informal Empire 1893-1901*, Chicago 1967; Lloyd C. Gardner, *Economic Aspects of New Deal Diplomacy*, Madison, Wisconsin 1964; zur Rezeption in Deutschland vor allem Hans-Ulrich Wehler, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865-1900*, Göttingen 1974.

⁴ Die Akten des State Department sind mit relativ geringen Ausnahmen bis zum Ende des Jahres 1949 in den National Archives in Washington D. C. zugänglich. Wichtige Bestände befinden sich vor allem auch in der Franklin D. Roosevelt Library (Hyde Park, New York) und der Harry S. Truman Library (Independence, Missouri).

⁵ X, *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25 (1946/47), S. 566-582.

⁶ Vgl. vor allem Gardner, *Economic Aspects of New Deal Diplomacy*, S. 24 ff., Williams, *Tragedy*, S. 162 ff.; weitere Belege bei Hans-Jürgen Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes*, Wiesbaden 1970, S. 48 ff.

politik nachweisen⁸. Allerdings beschränkte sich das von Washington anvisierte Open Door Empire nicht auf Lateinamerika, dem für die Mechanismen wirtschaftlicher und als deren Folge auch politischer Durchdringung, mithin für die ökonomisch-politische Doppelfunktion der Politik der Offenen Tür Modellcharakter zukommt.

Die Ergebnisse der neueren Forschung lassen keinen Zweifel daran, daß es sich bei der von der Roosevelt Administration verfolgten Außenwirtschaftspolitik nicht nur um eine regional oder auf die 30er Jahre beschränkte Krisentherapie handelte, sondern um eine auf lange Sicht betriebene politische Strategie, die die unmittelbare Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit langfristigen politisch-ökonomischen Zielsetzungen zu verknüpfen suchte. Erklärtes Ziel war der „unteilbare Weltmarkt“⁹. Die Etablierung einer Open Door World bildete im Washingtoner Kalkül zugleich die Grundlage für die von Roosevelt schon vor dem Kriegseintritt der USA angestrebte „indirekte Führungsrolle“ in der Welt¹⁰. Die Politik der Offenen Tür war Bestandteil und auch Vehikel für die Durchsetzung einer liberalen Weltordnung, die sich weitgehend am amerikanischen Entwicklungsmodell orientierte, einer Pax Americana, in der sich ökonomische und politische Ziele einander harmonisch ergänzten. Diese von Roosevelt entschieden vorangetriebene politisch-ökonomische Doppelstrategie wurde auch für Präsident Truman, ebenso wie sein Amtsvorgänger von der Notwendigkeit einer ökonomischen Expansion über die Grenzen hinaus zur Stabilisierung des „American System“ überzeugt¹¹, zur Grundlage seiner Außenpolitik.

Das Streben Roosevelts und Trumans nach einer liberalen Weltordnung wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges allerdings von der sowjetischen Politik zunehmend in Frage gestellt, nachdem das amerikanische Konzept einer Open Door World in den 30er Jahren von den totalitären Staaten Japan, Italien und vor allem dem nationalsozialistischen Deutschland grundlegend herausgefordert worden war¹². Die Bedrohung vitaler amerikanischer Interessen durch diese Staaten, die sich in den politischen und ökonomischen Aktivitäten des Dritten Reiches in Lateinamerika auch für die amerikanische Öffentlichkeit besonders eindrucksvoll manifestierte¹³, hat schließlich zur amerikanisch-

⁸ Vgl. hierzu die Belege in den Anmerkungen 122 und 123.

⁹ So bereits im Titel Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933-1941*, Stuttgart 1975.

¹⁰ Andreas Hillgruber, *Der Zenit des Zweiten Weltkrieges*, Juli 1941, Wiesbaden 1977, S. 31. Zum weltpolitischen Führungsanspruch Roosevelts vgl. jetzt mit allerdings überspitzten Formulierungen Bernd Martin, *Amerikas Durchbruch zur politischen Weltmacht. Die interventionistische Globalstrategie der Regierung Roosevelt 1933-1941*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 30 (1981), Heft 2, S. 57-120.

¹¹ Vgl. hierzu etwa Thomas G. Paterson, *The Quest for Peace and Prosperity: International Trade, Communism, and the Marshall Plan*, in: Barton J. Bernstein (ed.), *Politics and Policies of the Truman Administration*, Chicago 1972, S. 78-112, sowie die anderen Beiträge des Sammelbandes.

¹² Vgl. Gardner, *Economic Aspects of New Deal Diplomacy*, S. 133 ff.; Junker, *Der unteilbare Weltmarkt*, S. 93 ff., 201 ff.; Schröder, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*, S. 263 ff.; Williams, *Tragedy*, S. 187 ff.; zur Kritik an diesen Autoren Kenneth Moss, *The United States, the Open Door, and Nazi Germany: 1933-1938*, in: *South Atlantic Quarterly* 78 (1979), S. 489-506.

¹³ Vgl. im einzelnen Alton Frye, *Nazi Germany and the American Hemisphere 1933-1941*, New Haven 1967; Hans-Jürgen Schröder, *Die Vereinigten Staaten und die nationalsozialistische Handelspolitik gegenüber Lateinamerika 1937/38*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas* 7 (1970), S. 309-370; ders., *Hauptprobleme der deutschen Lateinamerikapolitik*, ebd. 12 (1975), S. 408-433; Reiner Pommerin, *Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939-1942*, Düsseldorf 1977; Stanley E. Hilton, *Hitler's Secret War in South America 1939-1945. German Military Espionage and Allied Counterespionage in*

sowjetischen Kooperation in der Anti-Hitler-Koalition geführt. Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands hatte dieses Zweckbündnis Washingtons mit der Sowjetunion seine Aufgabe jedoch im wesentlichen erfüllt, so daß die antagonistischen Kräfte im Verhältnis Moskau – Washington wieder hervortreten konnten, denn schließlich war das amerikanisch-sowjetische Verhältnis nicht frei von historischen Vorbelastungen.

II.

Die Beteiligung der USA an der alliierten Intervention in Rußland während des Bürgerkrieges¹⁴ und namentlich die ungeachtet zahlreicher wirtschaftlicher Kontakte von den Republikanischen Administrationen Harding, Coolidge und Hoover aus primär ideologischen Gründen durchgehaltene Nichtanerkennungspolitik¹⁵, waren kaum dazu angetan, das von sowjetischer Seite immer wieder formulierte Mißtrauen gegenüber den kapitalistischen Staaten und insbesondere gegenüber den USA abzubauen. Andererseits mündete die im November 1933 erfolgte diplomatische Anerkennung der Sowjetunion auf amerikanischer Seite schnell in eine Desillusionierung über die Möglichkeit einer konstruktiven Kooperation mit der Sowjetunion. Dem von Präsident Roosevelt aus ökonomischen, politischen und möglicherweise auch langfristig-strategischen Überlegungen gefaßten Entschluß zur Anerkennung der Sowjetunion¹⁶ folgten Jahre der Entfremdung¹⁷.

Die von Roosevelt in bezug auf eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion auch in der amerikanischen Öffentlichkeit erweckten Hoffnungen erfüllten sich nicht: So blieb der erwartete Exportboom in die Sowjetunion – zu dessen Abwicklung eigens die Export-Import-Bank¹⁸ gegründet worden war – unerfüllt und in der Schuldenfrage wurden die Zusagen des sowjetischen Außenkommissars Litwinow nicht eingelöst¹⁹. Neben der sowjetischen Intransigenz dürfte auch der Rooseveltsche Führungs- und Verhandlungsstil (die Interessen des State Department wurden nur unzureichend berücksichtigt²⁰,

14 Vgl. George F. Kennan, *Soviet-American Relations, 1917-1920*, vol. II: The Decision to Intervene, London 1958; William Appleman Williams, *American Intervention in Russia, 1917-1920*, in: *Studies on the Left* 3 (1963), S. 24-48, 4 (1964), S. 39-57, abgedruckt in: ders., *History as a Way of Learning*, New York 1973, S. 39-101.

15 Vgl. Zur Rußlandpolitik der Republikanischen Administrationen Harding, Coolidge und Hoover bes. Joan Hoff Wilson, *Ideology and Economics. U.S. Relations with the Soviet Union, 1918-1933*, Columbia, Missouri 1974; James K. Libbey, *Alexander Gumberg and Soviet-American Relations, 1917-1933*, Lexington, Kentucky 1976; sowie den Beitrag von Werner Link in diesem Sammelband S. 79 ff.

16 Vgl. Zur Anerkennung im einzelnen Robert Paul Browder, *The Origins of Soviet-American Diplomacy*, Princeton, New Jersey 1953; Donald G. Bishop, *The Roosevelt-Litvinov Agreements. The American View*, Syracuse, New York 1965; Edward B. Bennett, *Recognition of Russia. An American Foreign Policy Dilemma*, Waltham, Mass. 1970; John Richman, *The United States and the Soviet Union. The Decision to Recognize*, Raleigh, North Carolina 1980; die wichtigsten Dokumente sind abgedruckt in: *FRUS. The Soviet Union 1933-1939*, Washington 1952, S. 1-62.

17 So bereits im Buchtitel der Überblick von Thomas R. Maddux, *Years of Estrangement. American Relations with the Soviet Union, 1933-1941*, Tallahassee, Florida 1980; vgl. auch den entsprechenden Abschnitt „Recognition and Disillusionment: 1933-1941“ bei John Lewis Gaddis, *Russia, the Soviet Union and the United States: An Interpretive History*, New York 1978, S. 119-145.

18 Vgl. Frederick C. Adams, *Economic Diplomacy. The Export-Import-Bank and American Foreign Policy 1934-1939*, Columbia, Missouri 1976, S. 98 ff.; außerdem Kelley an Moore, 16. Januar 1934, in: *NA, RG 59, 800. 51 W 89 USSR/21 3/4*.

19 Hierzu insbes. *FRUS, Soviet Union*, S. 63-191.

20 Vgl. hierzu etwa Robert E. Bowers, *Hull, Russian Subversion in Cuba, and Recognition of the*

das Roosevelt-Litwinow-Abkommen nicht völlig eindeutig formuliert, und die Andeutungen Roosevelts über eine amerikanisch-sowjetische Kooperation im Fernen Osten gingen über die außenpolitischen Möglichkeiten des Präsidenten hinaus²¹) mit dazu beigetragen haben, daß der amerikanisch-sowjetische „honeymoon“ bereits im Frühjahr 1934 zu Ende ging, wie der erste amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, William C. Bullitt, im April 1934 an Roosevelt schrieb²². Auch der Abschluß eines Handelsabkommens konnte den bilateralen Beziehungen keinen Auftrieb geben²³. Im Sommer 1935 kam Bullitt dann sogar zu dem Schluß, daß sogenannte „normale Beziehungen“ mit der Sowjetunion gar nicht möglich seien²⁴, und er äußerte die Überzeugung, daß die sowjetische Regierung an ihrer Entschlossenheit festhalte, „to produce world revolution“²⁵. Letzter Anstoß für diese Lagebeurteilungen war die Tätigkeit der Komintern. Die Teilnahme amerikanischer Kommunisten am Moskauer Komintern-Kongreß im Sommer 1935 und die Begleitmusik zu dieser Veranstaltung in Form von amerikafeindlichen Pressekommentaren aus Moskau²⁶, veranlaßten dann auch Roosevelt, überaus ernste Konsequenzen für den Fall anzukündigen, daß die Sowjetunion die in Washington während der Anerkennungsverhandlungen abgegebenen Zusicherungen auch in Zukunft nicht einhalten werde²⁷. Die Kritiker der pragmatischen Anerkennungspolitik Roosevelts konnten sich in ihrer antisowjetischen Grundhaltung bestätigt fühlen. Die amerikanischen Diplomaten in den osteuropäischen Staaten hatten überdies kaum Positives zu berichten²⁸. Die brutalen Unterdrückungsmethoden Stalins und namentlich die „Säuberung“ der Roten Armee unterstrichen die grundlegenden Systemunterschiede zwischen den USA und der Sowjetunion²⁹.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 kam für die amerikanische Diplomatie zwar nicht völlig überraschend³⁰, wirkte aber dennoch wie ein Schock, gerade auch in der amerikanischen Öffentlichkeit³¹. Stalins Überfall auf Finnland nur wenige Wochen später hat die antisowjetische Stimmung in den Vereinigten Staaten ganz entscheidend verstärkt³². „The whole of the United States is not only horrified, but thoroughly angry“, schrieb Roosevelt am 30. November 1939 an den amerikanischen Botschafter in Japan, Joseph C.

21 Vgl. Gaddis, *Russia*, S. 123 ff.

22 Bullitt an Roosevelt, 1. April 1934, in: Edgar B. Nixon (ed.), *Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs*, Cambridge, Mass. 1969, vol. II, S. 47; vgl. auch Bullitt an Roosevelt, 13. April 1934, in: Orville H. Bullitt (ed.), *For the President. Personal and Secret. Correspondence Between Franklin D. Roosevelt and William C. Bullitt*, Boston 1972, S. 83.

23 Zu dem in den folgenden Jahren wiederholt verlängerten Handelsvertrag *FRUS, Soviet Union*, S. 192 ff., 322 ff., 405 ff., 601 ff., 809 ff.

24 Bullitt an Moore, 15. Juli 1935, in: *FDRL, Moore Papers*; vgl. auch Gaddis, *Russia*, S. 128.

25 Bullitt an State Department, 19. Juli 1935, in: *NA, RG 59, 761.00/200*, im Auszug abgedruckt in: *FRUS, Soviet Union*, S. 224-227.

26 Zahlreiche Dokumente sind abgedruckt in: *FRUS, Soviet Union*, S. 218-268.

27 Vgl. Gaddis, *Russia*, S. 127.

28 Vgl. Hugh DeSantis, *The Diplomacy of Silence. The American Foreign Service, the Soviet Union and the Cold War, 1933-1947*, Chicago 1980, S. 33 ff.

29 Vgl. Maddux, *Years of Estrangement*, S. 75 ff.

30 Zur amerikanischen Reaktion auf den Hitler-Stalin-Pakt und die Hauptprobleme der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in den beiden folgenden Jahren vgl. vor allem Franz Knipping, *Die amerikanische Rußlandpolitik in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts 1939-1941*, Tübingen 1974; außerdem Francis A. Jerace, *America and the Nazi-Soviet Pact*, New York 1978.

31 Vgl. Ralph B. Levering, *American Opinion and the Russian Alliance, 1939-1945*, Chapel Hill, North Carolina 1976, S. 19 ff.

Grew³³. Als der Präsident Anfang 1940 in einer Rede die Sowjetunion als eine Diktatur charakterisierte – „as absolute as any other dictatorship in the world“ –, traf er damit weitgehend die Stimmung der amerikanischen Öffentlichkeit³⁴. Kurz zuvor hatte er über die Sowjetunion ein „moralisches Embargo“ verhängt³⁵ (d. h. die amerikanischen Rüstungsexporteure sollten freiwillig auf Waffenlieferungen an die Sowjetunion verzichten) und die Frage aufgeworfen, ob eine Fortsetzung der diplomatischen Beziehungen überhaupt sinnvoll sei³⁶.

Diese ideologischen und sachlichen Differenzen der Roosevelt Administration mit der Sowjetunion wurden jedoch zunächst nicht zu bestimmenden Faktoren der amerikanischen Außenpolitik. Ungeachtet zahlreicher Meinungsunterschiede innerhalb der Washingtoner Regierung über den gegenüber der Sowjetunion einzuschlagenden Kurs fiel der Sowjetunion in den militärisch-strategischen Lagebeurteilungen angesichts der Expansion der totalitären Staaten Japan, Italien und Deutschland eine zumindest potentiell wichtige Funktion zu³⁷. Das gilt besonders für den Präsidenten selbst. Prinzipiell hielt daher die Roosevelt Administration an dem sich seit 1936 abzeichnenden und namentlich vom neuen amerikanischen Botschafter in Moskau, Davies, befürworteten Kalkül fest, die Chancen für ein späteres Zusammengehen mit der Sowjetunion nicht zu verschütten. Der Stellenwert der Sowjetunion – und hier lassen sich durchaus Parallelen zur britischen Rußlandpolitik erkennen³⁸ – stieg in dem Maße, in dem die Bedrohung der Sicherheit der USA durch die totalitären Staaten zunahm. Es lag auf der Linie dieser Politik, wenn insbesondere Roosevelts Taktik auch nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes darauf abzielte, die Kooperation zwischen Hitler und Stalin möglichst zu lockern, zumindest ein noch engeres deutsch-sowjetisches Zusammengehen zu verhindern³⁹. Diesem Ziel diente unter anderem eine im Juli 1940 aufgenommene Serie von Sondierungsgesprächen zwischen Under Secretary of State Sumner Welles und Konstantin Umanski, dem sowjetischen Botschafter in Washington⁴⁰. Die von einigen Ostexperten im State Department mit Mißtrauen verfolgten Welles-Umanski-Gespräche brachten jedoch keine greifbaren Ergebnisse. Größeres Gewicht dürfte in diesem Zusammenhang der Tatsache zukommen, das das „moralische Embargo“ gegenüber der Sowjetunion seit Sommer 1940 faktisch wieder gelockert und im Januar 1941 auch offiziell zurückgenommen wurde, obwohl die amerikanischen Exporte indirekt und zum Teil auch direkt der deutschen Kriegswirtschaft zu Gute kamen⁴¹. Welchen großen Wert Roosevelt darauf legte, sich die Möglichkeit einer materiellen Unterstützung der Sowjetunion für den Fall einer Auflösung des Hitler-Stalin-Paktes offenzuhalten, erhellt insbesondere die Verabschiedung des Lend-Lease-Acts am

33 Roosevelt an Grew, 30. November 1939, in: Elliott Roosevelt (ed.), F. D. R. His Personal Letters, New York 1950, vol. II, S. 961; vgl. außerdem Maddux, Years of Estrangement, S. 117.

34 Rede vom 10. Februar 1940 vor den Delegierten des American Youth Congress, in: The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, vol. 1940, New York 1941, S. 93.

35 Vgl. Knipping, Die amerikanische Rußlandpolitik, S. 57 ff. Das „moralische Embargo“ bezog sich zunächst nur auf Flugzeuge und Flugzeugteile.

36 Memorandum Roosevelt für Hull und Welles, 22. Dezember 1939, in: FRUS, Soviet Union, S. 868 f.

37 Zu den langfristigen-strategischen Gesichtspunkten vor allem Knipping, Die amerikanische Rußlandpolitik, S. 22 ff.

38 Vgl. hierzu den Beitrag von Gottfried Niedhart in diesem Sammelband, S. 105 ff.

39 Vgl. Knipping, Die amerikanische Rußlandpolitik, S. 29 ff.

40 Vgl. FRUS 1940, III, S. 237 ff.

11. März 1941⁴². Durch geschicktes Taktieren hinter den Kulissen hatte Roosevelt die Formulierung von Vorbehalten gegen eine mögliche Einbeziehung der Sowjetunion in das Lend-Lease-Programm zu verhindern gewußt⁴³.

Angesichts der seit Sommer 1940 forcierten und durch Veränderungen der internationalen Konstellation (wie etwa dem Abschluß des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Japan und Italien am 27. September 1940) begünstigten Bemühungen um eine Entkrampfung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß man den deutschen Angriff auf die Sowjetunion „nur sehr bedingt als eine Zäsur in der amerikanischen Rußlandpolitik werten“ dürfe⁴⁴. Der 22. Juni 1941 ist allerdings insofern auch für die amerikanische Diplomatie ein wichtiges Datum, weil Washington von dem Alptraum einer möglichen kombinierten Bedrohung durch Achsenmächte und Sowjetunion befreit wurde. Das erklärt dann auch, warum es die amerikanische Seite – ähnlich wie Großbritannien – mit der materiellen Unterstützung der Sowjetunion jetzt nicht mehr besonders eilig hatte⁴⁵. Diese amerikanische Verzögerungstaktik mußte die sowjetische Führung irritieren und bei ihr den Eindruck verstärken, zunächst nicht mit umfangreicher ausländischer Unterstützung rechnen zu können, zumal entsprechende Kommentare amerikanischer Politiker nicht dazu angetan waren, beruhigend zu wirken. Das gilt etwa für die vielzitierte Äußerung des späteren Nachfolgers Roosevelts im Weißen Haus, Senator Harry S. Truman, kurz nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion: „If we see that Germany is winning we ought to help Russia, and if Russia is winning we ought to help Germany and that way let them kill as many as possible“⁴⁶.

Die für die sowjetische Führung „elementare Erfahrung des Juli 1941, die – wenn nicht als feindlich, dann zumindest als gegenüber dem Schicksal der Sowjetunion völlig indifferent deutbare – Haltung der beiden Westmächte“ hat zweifellos den Willen Stalins „wesentlich mitgeprägt, den Krieg ausschließlich gemäß der eigenen, primär an der künftig großräumigen Sicherung der Sowjetunion nach West (Europa) und Ost (Asien) orientierten Zielsetzung zu führen, um eine Wiederholung der Situation des Juli 1941 für alle Zukunft auszuschließen“⁴⁷.

Für die künftige Ausgestaltung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen war dann in mittel- und langfristiger Perspektive die Formulierung amerikanischer Kriegsziele in der Atlantik-Charter vom 14. August 1941 von noch größerer und grundsätzlicher Bedeutung. So wurde Stalin vor vollendete Tatsachen gestellt, als es Roosevelt anläßlich seines Zusammentreffens mit Churchill „für angebracht“ hielt, eine die sowjetischen Interessen nicht berücksichtigende weltweite Pax Americana unmißverständlich anzumelden. Einerseits wurde die traditionelle amerikanische Politik der Offenen Tür durch die Forderung nach freiem Welthandel und ungehindertem Zugang zu den Rohstoffen der Welt für alle Staaten bekräftigt (Punkte 4 und 7); zum anderen wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker postuliert (Punkte 2 und 3), d. h. alle Völker sollten das Recht haben, diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollten, und namentlich territoriale Veränderungen

42 Der Text ist abgedruckt bei Warren F. Kimball, The Most Unsordid Act. Lend-Lease, 1939-1941, Baltimore 1969.

43 Vgl. Gaddis, Russia, S. 144.

44 Knipping, Die amerikanische Rußlandpolitik, S. 228.

45 Zu den Anfängen der materiellen Unterstützung der Sowjetunion vgl. FRUS 1941, I, S. 768-866.

46 Zitiert bei Link, Der Ost-West-Konflikt, S. 85.

gen sollten mit den „frei ausgesprochenen Wünschen der beteiligten Völker“ im Einklang stehen⁴⁸.

Die von Roosevelt und Churchill unterzeichnete Atlantik-Charter richtete sich fraglos in erster Linie gegen die nationalsozialistische und japanische Expansion, die hier formulierten Prinzipien können aber „auch als ausgesprochen antisowjetisch interpretiert werden“⁴⁹. Zwar sah sich die sowjetische Regierung unter dem Druck der weltpolitischen und namentlich militärischen Lage genötigt, sich im September 1941 ebenfalls zu den Prinzipien der Atlantik-Charter zu bekennen, allerdings – und das bestätigt die Moskauer Sicht einer antisowjetischen Komponente der Atlantik-Charter – unter Hinweis auf einen sehr dehnbaren Vorbehalt⁵⁰.

Durch die von der historischen Forschung in jüngster Zeit wieder stärker beachtete Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1933-1941⁵¹ und insbesondere die erwähnten Entscheidungen vom Sommer 1941 ist die spätere amerikanisch-sowjetische Konfrontation stark vorgeprägt. Der seit 1917 bestehende *ideologische* Gegensatz wurde ungeachtet der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion durch die Roosevelt Administration fortgeschrieben. Hinzu kam jetzt, nachdem die Sowjetunion entgegen den amerikanischen wie übrigens auch britischen Erwartungen im Sommer 1941 nicht aus dem Weltkonflikt ausgeschieden war, der *machtpolitische* Gegensatz. Mithin entstand bereits vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im „Zenit des Zweiten Weltkrieges“⁵² jene weltpolitisch bedeutsame Konstellation, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer globalen amerikanisch-sowjetischen Konfrontation steigerte. Sie ist in kritischer Auseinandersetzung mit dem erwähnten Containment-Aufsatz Kennans von dem amerikanischen Journalisten Walter Lippmann im Sommer 1947 als „Cold War“ charakterisiert worden. Lippmann hat damit der vom Ost-West-Gegensatz geprägten Nachkriegszeit ihren Namen gegeben⁵³.

⁴⁸ Bezeichnenderweise wurde der Text in die kurz nach Kriegsende unter dem Titel Dokumente der amerikanischen Demokratie von Adolf Rock herausgegebene Sammlung, Wiesbaden 1947, aufgenommen; hier auch, S. 181 ff., eine deutsche Übersetzung.

⁴⁹ Hillgruber, Der Zenit des Zweiten Weltkrieges, S. 33.

⁵⁰ Das Statement des sowjetischen Botschafters in London, Maisky, vom 24. September 1941 ist abgedruckt bei LaFeber, The Origins of the Cold War, S. 35. Vergleichbare Vorbehalte äußerte im übrigen auch Großbritannien. Vgl. ebd. S. 34.

⁵¹ Vgl. außer der bereits zitierten Literatur etwa noch Thomas R. Maddux, American Diplomats and the Soviet Experiment: The View from the Moscow Embassy, 1934-1939, in: South Atlantic Quarterly 74 (1975), S. 468-487; ders., Watching Stalin Maneuver Between Hitler and the West: American Diplomats and Soviet Diplomacy, 1934-1939, in: Diplomatic History 1 (1977), S. 140-154; Ruth Roy Harris, The Shifting Winds: American-Soviet Rapprochement from the Fall of France to the Attack on Pearl Harbor, June, 1940 until December, 1941, Ph. D. Thesis George Washington University 1975 (University Microfilms 1976); Kendall E. Bailes, The American Connection: Ideology and the Transfer of American Technology to the Soviet Union 1917-1941, in: Comparative Studies in Society and History 23 (1981), S. 421-448.

⁵² Hillgruber, Der Zenit des Zweiten Weltkrieges.

⁵³ Die zunächst in der New York Herald Tribune erschienene Artikelserie wurde noch im selben Jahr als Buch publiziert: Walter Lippmann, The Cold War, New York 1947, Neudruck New York 1972,

III.

Vor allem die Etablierung der auf eine politische, ökonomische und militärische Hegemonialstellung abzielenden Interessensphäre in Ost- und Südosteuropa erwies sich als Sprengsatz der „antagonistischen Kooperation“⁵⁴. Roosevelt, der die Errichtung von Einflußsphären durch Japan, Italien und das Dritte Reich in den 30er Jahren nachdrücklich bekämpft hatte, war ebensowenig wie sein Amtsnachfolger Truman bereit, für die geplante Nachkriegsordnung nun einer sowjetischen Dominanz in Ost- und Südosteuropa zuzustimmen, wenn dies einen Ausschluß westlicher Einflüsse bedeutete. Mit dem Vorrücken der Roten Armee nach Westen gewann dieses Problem naturgemäß an Aktualität⁵⁵.

Als sich Churchill und Stalin, beide an einem ordnungspolitischen Konzept in Form von Interessensphären interessiert, im Oktober 1944 auf eine Aufteilung Südosteuropas in Einflußsphären verständigten⁵⁶, traf dies auf den Widerstand Washingtons. Roosevelt schien lediglich geneigt, die englisch-sowjetische Interessenabgrenzung für eine dreimonatige Testperiode zu tolerieren. Offenbar auf Anregung Botschafter Harrimans hatte Roosevelt Anfang Oktober 1944 überdies für alle anstehenden Fragen sein Mitspracherecht unmißverständlich angemeldet: „... in this global war there is literally no question, political or military, in which the United States is not interested“⁵⁷. Mochte Stalin zuvor von der Prämisse ausgegangen sein, die USA seien an der Entwicklung in Ost- und Südosteuropa nicht interessiert, so hatte die Roosevelttsche Botschaft vom 4. Oktober hier Klarheit geschaffen. Stalin hat dann auch unter Hinweis auf den englisch-sowjetischen Beistandvertrag vom 26. Mai 1942⁵⁸ die Forderung Roosevelts nach Mitsprache in allen internationalen Fragen gegenüber Churchill als überzogen bezeichnet („... it seemed to demand too many rights for the United States leaving too little for the Soviet Union and Great Britain, who, after all, had a treaty of common assistance“⁵⁹). Auch aus historischer Perspektive ist die zentrale Bedeutung der Roosevelttschen Botschaft für die weitere Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen klar erkennbar, der 4. Oktober 1944 ist sogar als Beginn des Kalten Krieges in Südosteuropa bezeichnet worden, weil von diesem Zeitpunkt an die ordnungspolitischen Differenzen zwischen Washington und

⁵⁴ Link, Der Ost-West-Konflikt, S. 85 f.; vgl. auch die Überlegungen bei Werner Link, Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges, Düsseldorf 1971.

⁵⁵ Zur amerikanischen Politik insbes. Bennett Kovrig, The Myth of Liberation. East-Central Europe in U.S. Diplomacy and Politics since 1941, Baltimore 1973; Lynn Etheridge Davis, The Cold War Begins. Soviet-American Conflict over Eastern Europe, Princeton, New Jersey 1974; Geir Lundestad, The American Non-Policy towards Eastern Europe 1943-1947. Universalism in an Area not of Essential Interest to the United States, Tromsø 1978; Eduard Mark, American Policy toward Eastern Europe and the Origins of the Cold War, 1941-1946: An Alternative Interpretation, in: Journal of American History 68 (1981/82), S. 313-336; Thomas T. Hammond (ed.), Witnesses to the Origins of the Cold War, Seattle 1982, mit jeweils umfangreichen Literaturangaben; wichtige Dokumente zur amerikanischen Osteuropapolitik sind abgedruckt bei Arthur M. Schlesinger, Jr. (ed.), The Dynamics of World Power. A Documentary History of United States Foreign Policy 1945-1973, vol. II: Walter LaFeber (ed.), Eastern Europe and the Soviet Union, New York 1973, sowie in den entsprechenden Bänden der FRUS.

⁵⁶ Vgl. Albert Resis, The Churchill-Stalin Secret „Percentages“ Agreement on the Balkans, Moscow, October 1944, in: American Historical Review 83 (1978), S. 368-387.

⁵⁷ Zitiert ebd., S. 385; vgl. auch Harriman an Hopkins, 10. September 1944, in: FRUS 1944, IV, S. 989.

⁵⁸ Vgl. Davis, The Cold War Begins, S. 11 ff.

⁵⁹ Nach den britischen Akten zitiert bei Resis, The Churchill-Stalin Secret „Percentages“ Agree-

Moskau immer deutlicher hervortraten⁶⁰. Prinzipiell war Washington nicht gewillt, das in der Atlantik-Charter bekräftigte „One-World“-Konzept aufzugeben. Das über das „percentages agreement“ zwischen Churchill und Stalin zunächst nur unzureichend informierte State Department hat in dem zur Vorbereitung der Konferenz von Jalta verfaßten „Briefing Book Paper“ die amerikanische Haltung zum Problem von Einflußsphären im einzelnen dargelegt⁶¹. Auch die sowjetische Botschaft in Washington wurde über die amerikanische Auffassung keineswegs im unklaren gelassen⁶², so daß ein Angehöriger des State Department kurz vor der Konferenz von Jalta zusammenfassend feststellen konnte: „On the question of spheres of influence . . . we are on the record with the other Governments against any such arrangements“⁶³.

Zwar war Roosevelt von der Notwendigkeit überzeugt, daß Moskau schon aus sicherheitspolitischen Gründen an seinen Grenzen „freundliche“ Regierungen haben solle, für den Präsidenten war dies jedoch keineswegs ein Grund, von den in der Atlantik-Charter formulierten Kriegszielen abzuweichen. Die auf sein Drängen in Jalta⁶⁴ zustandegekommene „Erklärung über das befreite Europa“ macht dies deutlich. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die Atlantik-Charter entschlossen sich die Großen Drei unter anderem dazu, in den befreiten europäischen Staaten provisorische Regierungen zu bilden, „in denen alle demokratischen Elemente der Bevölkerung weitgehend vertreten sind und die zur baldmöglichsten Einsetzung von frei gewählten und dem Willen des Volkes entsprechenden Regierungen verpflichtet sind“⁶⁵. Roosevelt ließ gegenüber Stalin keinen Zweifel, daß für ihn freie Wahlen in Polen von prinzipieller Bedeutung seien: „I want this election in Poland to be the first one beyond question. It should be like Caesar's wife, I did not know her, but they said she was pure“⁶⁶.

Nach seiner Rückkehr von der Konferenz äußerte sich Roosevelt vor beiden Häusern des Kongresses optimistisch über das Abkommen von Jalta. Es könne zur Grundlage für einen dauerhaften und gerechten Frieden und zwar auf der Basis der Atlantik-Charter werden. Der Präsident vertrat unter Hinweis auf die „Erklärung über das befreite Europa“ die Auffassung, damit sei dem Trend zur Bildung von Einflußsphären Einhalt geboten worden⁶⁷. Außenminister Stettinius stellte gegenüber dem französischen Außenminister Georges Bidault klar, daß der „Erklärung über das befreite Europa“ keinesfalls nur taktische Bedeutung zukomme; „far from regarding the Declaration on Liberated Europe as

60 So Resis, ebd.

61 Vgl. Briefing Book Paper: American Policy Toward Spheres of Influence, in: FRUS, The Conferences of Malta and Yalta, S. 103 ff.

62 Vgl. ebd., S. 105.

63 Hackworth an Raynor, 16. Januar 1945, in: NA, RG 59, 740.00119 Control (Germany)/1-1645.

64 Vgl. aus der umfangreichen Jalta-Literatur John L. Snell (ed.), The Meaning of Yalta. Big Three Diplomacy and the New Balance of Power, Baton Rouge, Louisiana 1956; Athan G. Theoharis, The Yalta Myths. An Issue in U.S. Politics, 1945-1955, Columbia, Missouri 1970; Diane Shaver Clemens, Yalta, London 1970; Lisle A. Rose, After Yalta, New York 1973; außerdem die entsprechenden Abschnitte in dem in Anm. 77 zitierten Buch von Messer, The End of an Alliance, S. 31 ff.

65 Zitiert nach der deutschen Übersetzung in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Berlin o. J., Bd. 22, S. 460.

66 FRUS, The Conferences of Malta and Yalta, S. 854.

„window dressing“, we are making and will continue to make every effort to give it reality. These efforts have the full support of the American press and public opinion“⁶⁸.

Botschafter Harriman warnte allerdings frühzeitig vor einer Überbewertung der von sowjetischer Seite eingegangenen Verpflichtungen. Die verbale Übereinstimmung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß Formulierungen wie „idependent but friendly neighbor“ und nicht zuletzt der Begriff „democracy“ in der sowjetischen Interpretation von den amerikanischen Wertvorstellungen grundlegend abwichen⁶⁹. Stalin handelte dann auch ungeachtet seiner in Jalta eingegangenen Verpflichtungen nach der Devise: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit, wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein“⁷⁰. Auf der Konferenz von Potsdam formulierte Stalin dann auch gegenüber seinen westlichen Gesprächspartnern ungeniert: „. . . any freely elected government would be anti-Soviet, and that we cannot permit“⁷¹.

Angesichts der Moskauer Sowjetisierungspolitik in Ost- und Südosteuropa konnte Jalta kaum mehr sein als eine kurzfristige Vertagung des amerikanisch-sowjetischen Konfliktes über die Ansprüche Stalins in dieser Region. Für Washington wurde das Vorgehen Moskaus in Rumänien und insbesondere in Polen zum Prüfstein der sowjetischen Kooperationsbereitschaft und angesichts der Intransigenz Stalins zum Symbol der Konfliktverschärfung. So beklagte sich Roosevelt kurz vor seinem Tod bei Stalin in überaus kritischen Worten über das sowjetische Verhalten, ohne offenbar eine Verständigung mit Moskau völlig ausschließen zu wollen⁷². Die Roosevelt'sche Rußlandpolitik befand sich mithin in einem grundlegenden Dilemma: Die Forderung nach Anwendung der Prinzipien der Atlantik-Charter auch in Ost- und Südosteuropa wollte Roosevelt nicht aufgeben, doch kollidierte diese Zielsetzung mit den sowjetischen Sicherheitsinteressen, wie sie von Stalin definiert wurden; gleichzeitig hoffte der Präsident, die Kriegskoalition in eine Nachkriegskooperation überleiten zu können⁷³. Offenbar war Roosevelt der Illusion erlegen, die aus historischer Perspektive unüberbrückbaren Zielkonflikte seiner Rußlandpolitik harmonisieren zu können, etwa durch die Gründung der Vereinten Nationen. Bezeichnenderweise hatte Außenminister Hull bereits Ende 1943 im Anschluß an die Moskauer Konferenz vom Oktober die Auffassung vertreten, die Gründung einer Weltorganisation werde die Sicherheitsbedürfnisse aller Staaten befriedigen und somit auch die Errichtung von Einflußsphären überflüssig machen⁷⁴. Stalin definierte seine Sicherheitsinteressen jedoch nicht primär in einem multilateralen Kontext, sondern konzentrierte sich auf die einseitige Durchsetzung der sowjetischen Kontrollstellung in den von der Roten Armee besetzten Staaten Ost- und Südosteuropas. Ob die erwähnten historischen Vorbereitungen und insbesondere die Erfahrungen vom Sommer 1941 sowie die sehr späte Errichtung einer zweiten Front in Europa die sowjetische Führung in ihrer Politik in Ost-

68 Stettinius an amerikanische Botschaft Paris, 13. März 1945, in: NA, RG 59, 740.0011 European War/3-1345; vgl. auch Davis, The Cold War Begins, S. 272.

69 Harriman an State Department, 6. April 1945, in: FRUS 1945, V, S. 822.

70 Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt/Main 1962, S. 146.

71 Zitiert nach Robert H. Ferrell, Truman Foreign Policy. A Traditional View, in: Richard S. Krikendall (ed.), The Truman Period as a Research Field. A Reappraisal, 1972, Columbia, Missouri 1974, S. 29.

72 Roosevelt an Stalin, 1. April 1945, in: FRUS 1945, V, S. 194 ff.

73 Vgl. Hammond, Witnesses to the Origins of the Cold War, S. 294.

74 Vgl. Briefing Book Paper: American Policy Toward Spheres of Influence, in: FRUS, The Con-

und Südosteuropa beeinflusst haben, oder ob es sich hier um die Realisierung eines sog. „traditionellen“ russischen Sicherheitsstrebens handelte, ist angesichts der gegenwärtigen Quellenlage nicht zu beantworten.

Der sowjetische Anspruch auf eine an den eigenen Sicherheitsinteressen definierte Einflußzone in Ost- und Südosteuropa blieb auch nach Roosevelts Tod zentrales Problem der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington. Präsident Truman war ebensowenig wie sein Amtsvorgänger bereit, Moskau die Etablierung einer Einflußsphäre im Sinne einer sowjetischen Kontrollstellung zuzugestehen. Botschafter Harriman – maßgeblich daran beteiligt, den neuen Präsidenten über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu informieren – beschrieb die Politik Moskaus in Ost- und Südosteuropa als „barbarian invasion of Europe“. Man müsse sich vor Augen halten „that Soviet control over any foreign country did not mean merely influence on their foreign relations but the extension of the Soviet system with secret police, extinction of freedom of speech, etc.“⁷⁵. Harriman verwies auf die Zweigleisigkeit der sowjetischen Außenpolitik: einerseits Kooperation mit den USA und Großbritannien, zum anderen Ausdehnung der sowjetischen Hegemonie über Nachbarstaaten durch einseitiges Vorgehen. Diese sowjetische Doppelstrategie war für Washington jedoch nicht akzeptabel. Truman räumte zwar ein, daß die außenpolitischen Vorstellungen der USA in Ost- und Südosteuropa wohl nicht hundertprozentig durchsetzbar seien, „but that on important matters he felt we should be able to get 85 percent“⁷⁶. Die Grundprinzipien der amerikanischen Außenpolitik, wie sie etwa in der Atlantik-Charter formuliert worden waren, Open Door und One World-Konzept, waren auch für die Truman Administration nicht verhandlungsfähig.

Das bekräftigte Außenminister Byrnes⁷⁷ im Oktober 1945 in kritischer Auseinandersetzung mit der sowjetischen Ost- und Südosteuropapolitik vor dem Fourth Annual Herald Tribune Forum on Current Problems. In seinem Vortrag mit dem Titel „Neighboring Nations in One World“⁷⁸ äußerte Byrnes zunächst Verständnis für die Bemühungen Moskaus „to draw into closer and more friendly association with her Central and East European neighbors. We are fully aware of her security interests in those countries. And we have recognized those interests in the arrangements we have made for the occupation and control of the former enemy states“. Der Außenminister ließ dann aber keinen Zweifel daran, daß die Berücksichtigung legitimer sowjetischer Sicherheitsbedürfnisse keinesfalls auf eine völlige Abschirmung dieser Region gegenüber dritten Staaten hinauslaufen dürfe:

... the point I wish to emphasize is that the policy of the good neighbor unlike the institution of marriage is not an exclusive arrangement. The best neighbors do not deny to their neighbors the right to be friends with others. And we have learned that our security interests in this hemisphere do not require its isolation from economic and cultural relations with the rest of the world. . . We can never recognize regional arrangements as a substitute for a world system. We live in one world.“ Dieses One World-Konzept wurde für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens als alternativlos bezeichnet und als einzige Grundlage der Beziehungen zur Sowjetunion definiert: „We cannot have the kind of coopera-

⁷⁵ Memorandum Bohlen, 20. April 1945, in: FRUS 1945, V, S. 232.

⁷⁶ Ebd., S. 233.

⁷⁷ Vgl. zu Byrnes die neueren Arbeiten von Patricia Dawson Ward, *The Threat of Peace. James F. Byrnes and the Council of Foreign Ministers, 1945-1946*, Kent, Ohio 1979, und Robert L. Messer, *The End of an Alliance. James F. Byrnes, Roosevelt, Truman, and the Origins of the Cold War*, Chapel Hill, North Carolina 1982.

⁷⁸ Tonbandaufnahme in: NA, RG 208, No. 190, abgedruckt in: Department of State Bulletin 13 (1945), S. 210 f.

tion necessary for peace in a world divided into spheres of exclusive influence and of special privilege. . . There must be one world for all of us or there will be no world for any of us.“

Hier, in der Forderung nach weltweiter Anerkennung des amerikanischen Ordnungskonzepts und dem damit automatisch angemeldeten Anspruch auf amerikanische wirtschaftliche Betätigung in Ost- und Südosteuropa liegt zugleich der Ansatzpunkt, die den Sowjets im militärisch-politischen Bereich konzedierte „special relationship with its nearer neighbors“ faktisch wieder zu unterlaufen. Im Idealfall sollte die mit militärischen Mitteln errichtete sowjetische Hegemonialstellung in ihren politischen und ökonomischen Auswirkungen wieder zurückgedrängt werden können. Wenn die USA in die Lage versetzt würden, ihre ökonomische Überlegenheit auszuspielen, dann konnte das Ziel der Relativierung des sowjetischen Einflusses nach amerikanischer Auffassung realisiert werden⁷⁹. Das gilt es gegenüber dem unlängst unternommenen Versuch festzuhalten, durch einen Rückgriff auf die schon von Byrnes und seinen Mitarbeitern sowie übrigens auch von der britischen Diplomatie⁸⁰ vorgenommene Unterscheidung zwischen „open spheres“ und „exclusive spheres“ die Washingtoner Politik als kompromißbereit zu interpretieren. Die USA hätten, so etwa der amerikanische Historiker Mark, in Ost- und Südosteuropa sehr wohl eine sowjetische Einflußzone akzeptiert, es hätte sich eben nur um eine sog. „open sphere“ handeln müssen⁸¹. Dies ist freilich eine zu formale Interpretation der Äußerungen amerikanischer Politiker und Diplomaten, die die politischen Fernwirkungen der Open Door-Strategie verkennt.

Die politische Funktion der Open Door Policy ist von der sowjetischen Seite selbstverständlich diagnostiziert worden. Stalin setzte die Wirkungen der Politik der Offenen Tür für die betroffenen Länder sogar mit einer militärischen Intervention gleich⁸². Und Außenminister Molotow äußerte die Befürchtung, daß bei einer Realisierung der amerikanischen Ordnungsvorstellungen in den ökonomisch schwachen Staaten Ost- und Südosteuropas die USA aufgrund ihrer wirtschaftlichen Position schließlich auf in dieser Region eine dominierende Rolle einnehmen könnten⁸³. In der propagandistischen Auseinandersetzung mit den USA befand sich die sowjetische Führung in der taktisch günstigen Situation, auf die Widersprüchlichkeit der Washingtoner Politik verweisen zu können, die sich vor allem daraus ergab, daß die Vereinigten Staaten Lateinamerika weiterhin als Interessenssphäre der USA betrachteten und ihre Hegemonialstellung dort weiter ausbauten⁸⁴, während sie die Ansprüche der Sowjetunion in Ost- und Südosteuropa zurückwiesen.

Die amerikanische außenpolitische Strategie gegenüber Ost- und Südosteuropa sowie die Bewertung der amerikanischen Politik durch die sowjetische Führung unterstreichen, daß der Politik der Offenen Tür eine wichtige politische Funktion zukommt. Eine Interpretation der amerikanischen Open Door Policy, die sich primär an Marktanteilen für amerikanische Exporte orientiert, greift hier zu kurz. Wie schon den den 30er Jahren ging

⁷⁹ Vgl. etwa Briefing Book Paper: *Reconstruction of Poland and the Balkans: American Interests and Soviet Attitude* (Januar 1945), in: FRUS, *The Conferences of Malta and Yalta*, S. 234 ff.

⁸⁰ Vgl. hierzu Thomas G. Paterson, *On Every Front: The Making of the Cold War*, New York 1979, S. 50.

⁸¹ Mark, *American Policy toward Eastern Europe*, bes. S. 320 ff.; ders., Charles E. Bohlen and the Acceptable Limits of Soviet Hegemony in Eastern Europe: A Memorandum of 18 October 1945, in: *Diplomatic History* 3 (1979), S. 210-213.

⁸² Zitiert bei Paterson, *On Every Front*, S. 51.

⁸³ Vgl. ebd., S. 51 f.

es für die Washingtoner Diplomatie in dieser Region nicht primär um Absatzmärkte, sondern um den instrumentalen Einsatz der Wirtschaftspolitik zur Realisierung weltpolitischer Ordnungsvorstellungen. Allerdings manifestierte sich hier auch das klassische Dilemma der Politik der Offenen Tür. Diese auf indirekt-informelle Einflußnahme abgestellte Strategie setzte die Zustimmung zumindest der beteiligten Großmächte voraus. Liegt diese Übereinstimmung nicht vor, so bleibt der Washingtoner Diplomatie nichts anderes übrig, als sich durch direkte Aktionen auch politisch zu exponieren, ein Weg, den die Politik der Offenen Tür ja gerade vermeiden will. Welche Mittel standen aber der amerikanischen Regierung zur Verfügung, um Moskau zu veranlassen, möglicherweise sogar zu zwingen, sich den Washingtoner Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen?

IV.

Angesichts des ökonomischen Ungleichgewichts zwischen der UdSSR und den USA und der Tatsache, daß sich die amerikanische Diplomatie traditionell primär wirtschaftlicher Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele bediente, überrascht es nicht, daß die Frage von Rekonstruktionshilfen an die Sowjetunion von den politischen Akteuren in Washington in diesem Kontext diskutiert wurde und schließlich auch seitens der Forschung immer größere Beachtung gefunden hat. Lend-Lease-85 und Anleihe-Problematik stehen hier im Mittelpunkt. Von der revisionistischen Geschichtsschreibung ist in diesem Zusammenhang immer wieder auf den plötzlichen Lend-Lease-Stopp nur wenige Tage nach der deutschen Kapitulation verwiesen worden. Wie rigoros diese Einstellung der amerikanischen Lieferungen in die Sowjetunion zunächst gehandhabt wurden, zeigt die Tatsache, daß sogar auf See befindliche Schiffe zurückbeordert wurden. Wenngleich diese Maßnahme kurz darauf wieder modifiziert wurde, so war sie doch kaum dazu angetan, von den Sowjets als Signal amerikanischer Kooperationsbereitschaft verstanden zu werden, denn die politischen Dimensionen des gesamten Lend-Lease-Programms waren den Zeitgenossen durchaus bewußt. Churchill hatte das Lend-Lease-Gesetz vom 11. März 1941 vor dem britischen Unterhaus zwar als „the most unsordid act“ gepriesen⁸⁶, neben der materiellen Unterstützung Großbritanniens verfolgte die amerikanische Diplomatie mit diesem Programm jedoch zugleich das Ziel, London von den USA ökonomisch und damit auch politisch abhängig zu machen, „to cast us for the role of a junior member in an Anglo-American partnership“, wie Botschafter Halifax aus Anlaß der endgültigen Einstellung aller Lend-Lease-Lieferungen nach der Kapitulation Japans formulierte⁸⁷.

Gegenüber der Sowjetunion war das Lend-Lease-Programm ein wichtiges Mittel zur Erhaltung der Kriegskoalition, eine „Weapon for Victory“⁸⁸. Vor allem das Trauma eines erneuten Arrangements zwischen Stalin und Hitler hatte Roosevelt dazu bewogen, diese bedingungslose Form der materiellen Unterstützung der Sowjetunion innenpolitisch durchzusetzen. In Verfolg dieses Zieles hat es der Präsident dann allerdings versäumt – und da-

⁸⁵ Vgl. zum Lend-Lease-Problem in diesem Kontext vor allem Robert Huhn Jones, *The Roads to Russia. United States Lend-Lease to the Soviet Union*, Norman, Oklahoma 1969; George C. Herring, *Lend-Lease to Russia and the Origins of the Cold War, 1944-1945*, in: *Journal of American History* 56 (1969/70), S. 93-114; ders., *Aid to Russia 1941-1946. Strategy, Diplomacy, the Origins of the Cold War*, New York 1973.

⁸⁶ So auch der Titel des bereits in Anm. 42 zitierten Buches von Kimball.

⁸⁷ Halifax an Bevin, 4. Dezember 1945, in: Thomas E. Hachey (ed.), *Confidential Dispatches. Analyses of America by the British Ambassador, 1939-1945*, Evanston, Illinois 1974, S. 296.

mit trifft ihn eine Mitverantwortung für die Lend-Lease-Krise vom Mai 1945 – rechtzeitig Modalitäten für Lieferungen in der Zeit nach dem Sieg in Europa erarbeiten zu lassen und die sowjetische Führung auf eine schon aus inneramerikanischen Gründen notwendige Modifizierung des Lend-Lease-Programms vorzubereiten. Denn gegenüber dem Kongreß hatte Roosevelt das Hilfsprogramm wiederholt als eine reine Kriegsmaßnahme verteidigt, die mit dem Ende der Kampfhandlungen automatisch auslaufe. Im Kongreß wurde überdies die Frage aufgeworfen, welchen Sinn es haben könne, die Sowjetunion auch nach der deutschen Kapitulation materiell zu unterstützen, wenn Moskau die Abmachungen von Jalta verletze⁸⁹.

Den Lend-Lease-Stopp vom 12. Mai 1945 wird man sicher nicht als klar kalkulierten antisowjetischen Akt interpretieren können. Allerdings steht außer Zweifel, daß die Washingtoner Lend-Lease-Politik in ihrer faktischen Wirkung eine Belastung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen darstellte. Denn von der sowjetischen Führung wurde dieses Problem selbstverständlich im Gesamtzusammenhang ihrer Bemühungen bewertet, von den USA eine Rekonstruktionsanleihe zu erhalten.

Als Molotow dem amerikanischen Botschafter am 3. Januar 1945 ein formelles Gesuch der Sowjetunion um amerikanische Kapitalhilfe präsentierte, löste dies innerhalb der amerikanischen Regierung einen intensiven Gedankenaustausch über die prinzipielle Orientierung der Politik gegenüber der Sowjetunion aus⁹⁰. So sah Finanzminister Morgenthau in dem sowjetischen Anleihegesuch die Chance, durch ein großzügiges finanzielles Entgegenkommen die Kriegskoalition in eine enge amerikanisch-sowjetische Nachkriegskooperation münden zu lassen. Kapitalhilfen an die Sowjetunion seien überdies auch im ökonomischen Interesse der USA. Morgenthau schlug daher vor, der Sowjetunion einen Kredit in Höhe von zehn Milliarden Dollar zu gewähren⁹¹. Dagegen vertrat Harriman die Auffassung, Washington könne mit Hilfe der Anleihepolitik auf die sowjetische Führung ökonomischen Druck ausüben, um Moskau in den zwischen den beiden Regierungen strittigen Problemen und insbesondere in Ost- und Südosteuropa zu Konzessionen zu zwingen. Bereits im Frühjahr 1944 hatte Harriman seine Überzeugung formuliert „that economic assistance is one of the most effective weapons at our disposal to influence European political events in the direction we desire and to avoid the development of a sphere of influence of the Soviet Union over Eastern Europe and the Balkans“⁹². Nach dem sowjetischen Anleihegesuch bekräftigte dann Harriman seine Einschätzung „that the question of the credit should be tied into our overall diplomatic relations with the Soviet Union and at the appropriate time the Russians should be given to understand that our willingness to cooperate wholeheartedly with them in their vast reconstruction problems will depend upon their behavior in international matters. . . I believe that the United States Government should retain control of any credits in order that the political advantages may be retained. . .“⁹³ Um dieses wichtige Instrument nicht vorzeitig aus der Hand zu geben, warnte Assistant Secretary of State Clayton ebenfalls vor einer schnellen Entscheidung über

⁸⁹ Vgl. Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War*, S. 195 ff.

⁹⁰ Vgl. bes. Thomas G. Paterson, *The Abortive American Loan to Russia and the Origins of the Cold War, 1943-1946*, in: *Journal of American History* 56 (1969/70), S. 70-92; ders., *Soviet-American Confrontation. Postwar Reconstruction and the Origins of the Cold War*, Baltimore 1973.

⁹¹ Morgenthau an Roosevelt, 10. Januar 1945, in: LaFeber, *The Origins of the Cold War*, S. 112.

⁹² Zitiert nach Paterson, *Soviet -American Confrontation*, S. 36.

⁹³ Harriman an State Department, 6. Januar 1945, in: LaFeber, *The Origins of the Cold War*.

das sowjetische Anleihegesuch⁹⁴. Diese inneramerikanische Diskussion bietet dann auch eine Erklärung dafür, warum die Kreditfrage in Jalta nicht behandelt wurde. Offenbar war auch Roosevelt der Auffassung, daß die USA ihre finanzpolitische Überlegenheit dann am wirkungsvollsten würden ausspielen können, wenn man die Sowjets über die amerikanischen Absichten zunächst im unklaren lasse⁹⁵. Diese Verzögerungspolitik wurde auch von Truman fortgesetzt. Für die Potsdamer Konferenz hatte sich der neue Präsident zwar auf mögliche Verhandlungen mit den Sowjets in dieser Frage vorbereitet. Warum dieses Problem dann während der Konferenz weder von sowjetischer noch amerikanischer Seite angeschnitten wurde, ist nicht völlig klar. Möglicherweise wurde die Kreditfrage auf beiden Seiten insofern falsch eingeschätzt, als Washington die Abhängigkeit der Sowjetunion von amerikanischen Rekonstruktionshilfen zu hoch veranschlagte und die Sowjets ihrerseits offenbar von der Annahme ausgingen, Finanzhilfen an die Sowjetunion seien für die USA in der schwierigen Übergangsphase von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft als Mittel der Exportförderung zwingend geboten. Erst nach der Potsdamer Konferenz informierte Botschafter Harriman die sowjetische Regierung, daß die Export-Import-Bank bereit sei, das sowjetische Gesuch um eine Rekonstruktionshilfe zu prüfen. Aber selbst die inzwischen auf eine Milliarde Dollar reduzierten sowjetischen Wünsche (diese Verminderung der ursprünglichen Forderung ergab sich aus der Tatsache, daß der Export-Import-Bank insgesamt nur 3,5 Milliarden Dollar für Rekonstruktionshilfen zur Verfügung standen) blieben unerfüllt⁹⁶. Es lag ganz auf der Linie traditioneller amerikanischer „Dollardiplomatie“, wenn die Regierungen Roosevelt und Truman glaubten, Moskau durch finanziellen Druck dazu bewegen zu können, sich den amerikanischen Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen und namentlich in Ost- und Südosteuropa Zugeständnisse zu machen.

Hier setzt die Kritik der revisionistischen Geschichtsschreibung an, die der amerikanischen Diplomatie vorhält, sie habe die Kreditfrage nach dem Motto „our way or not at all“ schon vor Beginn konkreter Verhandlungen als Instrument der Außenpolitik eingesetzt, ohne zuvor den Versuch unternommen zu haben, die amerikanische Kapitalkraft am Konferenztisch in die Waagschale zu werfen⁹⁷. Im Hinblick auf den schnellen Abschluß der amerikanisch-britischen Kreditverhandlungen zu relativ günstigen Konditionen⁹⁸ hat die Behandlung des sowjetischen Wunsches nach Kapitalhilfe fraglos zu einer Belastung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen entscheidend beigetragen. Ob indessen amerikanische Rekonstruktionshilfen die Sowjetunion kooperationswilliger gemacht hätten, gehört zu den „great ‚if‘ questions of history“, wie der ehemalige Außenminister Stettinius bereits im Jahre 1949 formulierte⁹⁹. Auch hier läßt die Quellenlage eine Antwort nahezu vier Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zu.

Allerdings wird man einen Zusammenhang zwischen Anleihe- und Lend-Lease-Problem einerseits und der für die Entwicklung des Ost-West-Konfliktes wichtigen deutschen Frage andererseits herstellen können: Da es Moskau nicht gelang, von den USA Rekonstruktionshilfen zu erhalten, Washington überdies den ökonomischen Druck auf die Sowjetunion noch zu verschärfen suchte, kam aus sowjetischer Perspektive dem Reparations-

problem nahezu zwangsläufig umso größere Bedeutung zu¹⁰⁰. Angesichts der amerikanischen Politik waren Reparationsentnahmen aus dem besetzten Deutschland für Moskau die einzige noch verbliebene Möglichkeit, die im Krieg erlittenen materiellen Verluste wenigstens teilweise zu kompensieren. Die Versuche der amerikanischen Diplomatie, durch die Instrumentalisierung ihres ökonomischen Potentials von Moskau ordnungspolitische Konzessionen namentlich in Ost- und Südosteuropa zu erzwingen, haben dann in ihrer Wirkung zu einer Verhärtung der sowjetischen Politik in der Behandlung der deutschen Frage beigetragen¹⁰¹, sich mithin eher konfliktverschärfend ausgewirkt.

Ebenso wie der Einsatz der ökonomischen Überlegenheit versagte als wirksames Druckmittel gegenüber der Sowjetunion auch das amerikanische Atomwaffenmonopol, die sog. „Atomare Diplomatie“¹⁰². Ein atomares Kooperationsangebot an die Sowjetunion ist innerhalb der amerikanischen Regierung zwar diskutiert, aber nie unterbreitet worden¹⁰³. In Washington setzten sich diejenigen Politiker durch, die wie etwa Außenminister Byrnes glaubten, mit der Atombombe die entscheidende Trumpfkarte vor allem dadurch zu besitzen, daß die atomare Frage analog zur Rekonstruktionsproblematik nicht zum Gegenstand direkter Verhandlungen mit der sowjetischen Führung gemacht wurde. Aber auch die mit dem Einsatz der Atombomben gegen Japan verbundene „Demonstration der Macht“¹⁰⁴ hat Moskau keineswegs zu ordnungspolitischen Konzessionen veranlaßt, auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis vielmehr noch konfliktverschärfend gewirkt. Das gilt auch für den sog. Baruch-Plan vom Juni 1947, mit dem Washington sich zwar verbal zu einer internationalen Kontrolle der Atomenergie bekannte, der in der Praxis jedoch darauf hinauslief, das amerikanische Atommonopol zunächst fortzuschreiben¹⁰⁵.

V.

Nachdem die Regierungen Roosevelt und Truman das amerikanische One World-Konzept weder am Konferenztisch noch durch „Dollardiplomatie“ oder „Atomare Diplomatie“ hatten durchsetzen und namentlich die sowjetische Herrschaft über Ost- und Südosteuropa nicht hatten verhindern können, erhielten innerhalb der Truman Administration jene Politiker und Diplomaten die Oberhand, die die Moskauer Sowjetisierungspolitik nicht auf diese Region beschränkt glaubten, sondern lediglich als Vorstufe weiterer, systembedingter Expansionsziele Moskaus deuteten. Exponent dieser Richtung war der bereits er-

¹⁰⁰ Vgl. zur amerikanischen Position in der Reparationsfrage mit jeweils unterschiedlichen Akzenten Bruce Kuklick, *American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations*, Ithaca, New York 1972; John H. Backer, *The Decision to Divide Germany. American Foreign Policy in Transition*, Durham, North Carolina 1978 (deutsch: *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943-1948*, München 1981); Otto Nübel, *Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941-1945*, Frankfurt/Main 1980.

¹⁰¹ Vgl. hierzu Kuklick, *American Policy and the Division of Germany*.

¹⁰² Vgl. aus der Fülle der Literatur zu diesem Problem zunächst die neuen Arbeiten von Martin J. Sherwin, *A World Destroyed. The Atomic Bomb and the Grand Alliance*, New York 1977, und Gregg Herken, *The Winning Weapon. The Atomic Bomb in the Cold War 1945-1950*, New York 1982, mit umfangreichen Literaturangaben.

¹⁰³ Eine gute Zusammenfassung bei Link, *Der Ost-West-Konflikt*, S. 103 ff.

¹⁰⁴ So Herbert von Borch in seinem Literaturbericht *Die Bombe als Demonstration der Macht. Neue Arbeiten zur Vorgeschichte der Nuklearpolitik*, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 163 vom 17./18. Juli 1976, S. 91 f.

¹⁰⁵ Vgl. Larry G. Gerber, *The Baruch Plan and the Origins of the Cold War*, in: *Diplomatic History* 6 (1982), S. 69-95.

⁹⁴ Clayton an Stettinius, 20. Januar 1945, in: Frederick J. Dobney (ed.), *Selected Papers of Will Clayton*, Baltimore 1971, S. 110.

⁹⁵ Vgl. Paterson, *Soviet-American Confrontation*, S. 40.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 50.

⁹⁷ Ebd., S. 56.

⁹⁸ Vgl. hierzu jetzt Robert M. Hathaway, *Ambiguous Partnership. Britain and America, 1944-1947*, New York 1981, S. 230 ff.

wähnte Diplomat George F. Kennan, der im Februar 1946 aus Moskau eine als „Langes Telegramm“ bekannt gewordene Interpretation der sowjetischen Politik lieferte¹⁰⁶. Kaum eine Lageanalyse hat innerhalb der Truman Administration eine derart intensive Diskussion ausgelöst und einen derart großen Einfluß auf den weiteren Gang der Politik ausgeübt; man wird daher von einem Schlüsseldokument zur Genesis des Kalten Krieges sprechen können¹⁰⁷.

Kennan skizzierte einleitend zunächst die „Grundzüge sowjetischen Verhaltens seit Kriegsende“, wie sie sich nach seiner Auffassung aus der Selbstdarstellung der sowjetischen Propaganda ergaben¹⁰⁸. Die sowjetische Führung gehe nach wie vor von der Annahme aus, „inmitten feindseliger ‚Kapitalistischer Einkreisung‘“ zu leben, mit der es auf die Dauer keine friedliche Koexistenz geben könne. Stalin vertrete nach wie vor die These, daß in dem unvermeidlichen Kampf zwischen dem sozialistischen Zentrum und dem kapitalistischen Zentrum „um die Beherrschung der Weltwirtschaft . . . das Schicksal des Kapitalismus . . . entschieden“ werde. Aus dieser Grundannahme, so argumentierte Kennan, ergebe sich für die sowjetische Politik die Folgerung, alles zu tun, „um die relative Stärke der UdSSR in der internationalen Gesellschaft zu vergrößern und die Stärke und den Einfluß der kapitalistischen Mächte einzeln oder in ihrer Gesamtheit“ nicht zuletzt auch durch die Verschärfung und Ausnutzung von Konflikten innerhalb des kapitalistischen Lagers zu schwächen.

Washington habe es mithin mit einer politischen Kraft zu tun, die sich „fanatisch“ zu dem Glauben bekenne, „daß es mit Amerika keinen dauernden Modus vivendi geben kann, daß es wünschenswert und notwendig ist, die innere Harmonie unserer Gesellschaft, unsere traditionellen Lebensgewohnheiten und das nationale Ansehen unseres Staates zu zerstören, um der Sowjetmacht Sicherheit zu verschaffen“. Die Auseinandersetzung mit dieser politischen Kraft bezeichnete Kennan als die größte Aufgabe, „die unserer Diplomatie je . . . gestellt werden wird“. Zugleich äußerte er die Überzeugung, daß es in der Macht Washingtons stehe, dieses Problem ohne den Rückgriff auf militärische Mittel zu lösen. Denn im Gegensatz zu Hitlerdeutschland scheue die Sowjetführung unnötige Risiken: „Der Logik der Vernunft unzugänglich, ist sie der Logik der Macht in hohem Maße zugänglich“. Daher könne sie sich „ohne weiteres zurückziehen“ und „tut dies im allgemeinen auch“, wenn sie „irgendwo auf starken Widerstand“ stoße.

Diesen Widerstand gelte es, dem Sowjetsystem auf innen- und außenpolitischem Gebiet gleichermaßen entgegenzusetzen. Viel hänge von der „Gesundheit und Kraft“ der amerikanischen Gesellschaft ab. „Der Weltkommunismus ist wie ein bössartiger Parasit, der sich nur von erkranktem Gewebe nährt. Das ist der Punkt, in dem Innen- und Außenpolitik einander begegnen“, denn „jede mutige und entscheidende Maßnahme zur Lösung der inneren Probleme unserer eigenen Gesellschaft, zur Hebung von Selbstvertrauen, Disziplin, Moral und Gemeinsinn in unserem Volk ist ein diplomatischer Sieg über Moskau, der tausend diplomatische Noten und gemeinschaftliche Kommuniqués aufwiegt.“ Auf außenpolitischem Gebiet müsse Washington stärker als bisher Führungsinitiativen entwickeln und „den anderen Nationen viel mehr als bisher die Welt, die uns vorschwebt, in positivem Licht zeigen. . . Viele fremde Völker, zum mindesten in Europa, sind durch die erlittenen Erfahrungen ermüdet und verschreckt und interessieren sich weniger für abstrakte

Freiheit als für Sicherheit. Sie suchen Führung eher als Verantwortung. Wir sollten besser befähigt sein als die Russen, sie ihnen zu geben. Und wenn wir es nicht tun, werden die Russen es bestimmt.“

Kennans Analyse traf in Washington aus mehreren Gründen auf offene Ohren. Denn zum einen war unter dem Eindruck der zunehmenden amerikanisch-sowjetischen Spannungen die Zahl der Befürworter einer Kooperation mit Moskau drastisch zurückgegangen; zum anderen hatte die Kennansche Interpretation den Vorteil, daß sie diese Spannungen als zwangsläufige Folge des Sowjetsystems erklärte. Die Frage nach einer möglichen Mitverantwortung Washingtons für die Entwicklung des Ost-West-Konfliktes stellte sich mithin gar nicht erst. Dies entthob die politischen Akteure der Notwendigkeit, die bisher gefällten außenpolitischen Entscheidungen selbstkritisch reflektieren zu müssen. Assistant Secretary of State Charles Bohlen stimmte der Kennanschen Analyse begeistert zu: „We can take as accepted the principle, therefore, that the U.S. is confronted with the problem of an expanding totalitarian state that continues to believe and act on this belief that the world is divided into two irreconcilably hostile camps, i. e. Soviet and non-Soviet“¹⁰⁹. Welche große Resonanz die Überlegungen Kennans fanden, erhellt nicht zuletzt die Tatsache, daß er im Frühjahr 1947 vom neuen Außenminister George C. Marshall zum Leiter des neu geschaffenen Policy Planning Staff berufen wurde¹¹⁰.

Unter dem Pseudonym „X“ hat Kennan dann im Sommer 1947 einige seiner bereits im „Langen Telegramm“ formulierten Überlegungen auch der Öffentlichkeit präsentiert und nachdrücklich zu einer aktiven Gegenpolitik aufgerufen: „. . . it is clear that the main element of any United States policy toward the Soviet Union must be that of a long-term, patient but firm and vigilant containment of Russian expansive tendencies“¹¹¹. Kennan hatte damit das Stichwort gegeben, das sich schnell zur Charakterisierung der Washingtoner Nachkriegspolitik gegenüber der Sowjetunion durchgesetzt hat: Containment. Die von Kennan eher allgemein formulierten außenpolitischen Zielsetzungen gegenüber der Sowjetunion haben Zeitgenossen und Historiker gleichermaßen zu einer noch anhaltenden Debatte über Umfang, Methoden und Schwerpunkte der anzuwendenden Containment-Strategien angeregt¹¹². Im Rahmen ihrer Gegenpolitik verfolgten die USA auch außerhalb der Westlichen Hemisphäre eine forcierte Sicherung von Einflußzonen. Der Nahe Osten (zu dem aus amerikanischer Perspektive auch Griechenland rechnete), Japan und Westeuropa sind hier in erster Linie zu nennen.

Große Bedeutung kommt der von der Forschung in letzter Zeit stärker beachteten iranischen Krise vom Frühjahr 1946 zu¹¹³, deren Verlauf Prämissen und Schlußfolgerun-

¹⁰⁹ Memorandum Bohlen, 13. März 1946, in: NA, RG 59, Records Charles E. Bohlen, Box 6.

¹¹⁰ Die Akten des Policy Planning Staff sind in den National Archives zugänglich.

¹¹¹ X, The Sources of Soviet Conduct, S. 575; vgl. zur Genesis Kennan, Memoiren, S. 358 ff.; dazu kritisch Lloyd C. Gardner, James V. Forrestal and George F. Kennan: Will the Real „Mr. X“ Please Stand Up? In: ders., Architects of Illusion. Men and Ideas in American Foreign Policy 1941-1949, Chicago 1972, S. 270-300.

¹¹² Vgl. hierzu jetzt das vorzügliche Buch von John Lewis Gaddis, Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy, New York 1982, mit einer beeindruckenden Analyse des Kennanschen Containment-Konzepts.

¹¹³ Zur amerikanisch-sowjetischen Konfrontation im Iran vgl. Gary R. Hess, The Iran Crisis of 1945/46 and the Cold War, in: Political Science Quarterly 89 (1974), S. 117-146; Richard Pfau, Containment in Iran, 1946: The Shift to an Active Policy, in: Diplomatic History 1 (1977), S. 359-372; James A. Thorpe, Truman's Ultimatum to Stalin on the 1946 Azerbaijan Crisis, in: Journal of Politics 40 (1978), S. 189-195; Stephen L. McFarland, A Peripheral View of the Origins of the Cold War: The Crisis in Iran, 1941-47, in: Diplomatic History 4 (1980), S. 222-251.

¹⁰⁶ Kennan an State Department, 22. Februar 1946, in: FRUS 1946, VI, S. 696-709.

¹⁰⁷ So Thomas H. Etzold und John Lewis Gaddis (eds.), Containment. Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950, New York 1978, S. 50.

¹⁰⁸ Im folgenden zitiert nach der deutschen Übersetzung in: George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, München 1971, S. 552 ff.

gen der Kennanschen Analyse zu bestätigen schien. Unter Verletzung der auf der Konferenz von Teheran zwischen den Alliierten getroffenen Vereinbarung, die Besatzungstruppen innerhalb von sechs Monaten nach Kriegsende abzuziehen, schickte sich Moskau an, seine Truppenpräsenz im Iran zu verlängern. Die Sowjets schalteten sich überdies in die innerpersischen Auseinandersetzungen durch die Unterstützung traditioneller Autonomiebestrebungen in Nordpersien ein. Die Proklamierung einer autonomen Republik Aserbeidschan sowie einer Kurdischen Volksrepublik im Dezember 1945 waren sichtbarer Ausdruck dieser Politik. Außerdem forderte Moskau ein zeitlich nicht begrenztes Besatzungsrecht und die maßgebliche Beteiligung an einer iranisch-sowjetischen Ölgesellschaft. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, führte die Sowjetunion auch Truppenbewegungen ins Landesinnere durch. Die Vorgänge in Nordpersien veranlaßten die USA, die iranische Regierung zu einer Initiative im Sicherheitsrat zu ermuntern. Die Bloßstellung der Sowjetunion vor den Vereinten Nationen und die offenkundige Unterstützung der Regierung in Teheran auch durch Waffenlieferungen seitens der USA führten zum Rückzug der sowjetischen Truppen. Ein sowjetisch-iranisches Ölabkommen vom 4. April 1946, das es den Sowjets erleichtern sollte, ihr Gesicht zu wahren, wurde vom iranischen Parlament im Oktober 1947 verworfen. Man wird daher aus amerikanischer Perspektive von einem ersten Erfolg der Eindämmungspolitik sprechen können.

Programmatischen Ausdruck seitens der amerikanischen Regierung fand die Containmentpolitik dann in der Truman-Doktrin¹¹⁴ und namentlich in der Rede des Präsidenten vom 12. März 1947, in der er es als „eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ bezeichnete, „Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen sollten.“ Truman verwies auf Verletzungen des Jalta-Abkommens durch die Sowjetunion und äußerte die Überzeugung, daß es ein Ziel der amerikanischen Politik sein müsse, „die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen“¹¹⁵.

Die Containmentpolitik wurde hier von Truman zwar als globale Zielsetzung Washingtons definiert, in den 40er Jahren wurde sie jedoch nicht in allen Teilen der Welt mit gleicher Intensität Bestandteil der außenpolitischen Praxis. Das unterstreicht etwa die Entwicklung in Asien¹¹⁶. Hier gelang es der amerikanischen Politik zwar, sowjetischen Einfluß von der japanischen Hauptinsel fernzuhalten, doch mußte die amerikanische Politik in Asien mit dem Sieg der Kommunisten in China eine schwere Niederlage hinnehmen¹¹⁷.

den Abschnitte bei Bruce Robellet Kuniholm, *The Origins of the Cold War in the Near East. Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey, and Greece*, Princeton, New Jersey 1980; einen vorzüglichen Überblick über die innere Entwicklung im Iran gibt der ausführliche Bericht des britischen Diplomaten Farquhar „Review of Principal Events in Persia, 1945“, in: PRO, FO 371/52673.

¹¹⁴ Vgl. zur Truman-Doktrin die neueren Arbeiten von Kuniholm, *The Origins of the Cold War in the Near East*; Lawrence S. Wittner, *American Intervention in Greece, 1943-1949*, New York 1982, bes. S. 70 ff.

¹¹⁵ Zitiert nach der deutschen Übersetzung in: *Ursachen und Folgen*, Bd. 25, S. 148 f.

¹¹⁶ Vgl. Akira Iriye, *The Cold War in Asia: A Historical Introduction*, Englewood Cliffs, New Jersey 1974; Russel D. Buhite, *Soviet-American Relations in Asia, 1945-1954*, Norman, Oklahoma 1982.

¹¹⁷ Zum Chinaproblem im Rahmen der Containmentpolitik vgl. jetzt bes. Thomas G. Paterson, *If Europe, Why not China? The Containment Doctrine, 1947-1949*, in: *Prologue* 13 (1981), S. 19-38; generell zur Trumanschen Chinapolitik Lewis McCarroll Purifoy, *Harry Truman's China Policy*.

Schwerpunkt der Containmentpolitik war fraglos Westeuropa, wo die USA im Rahmen des Marshallplans mit ökonomischen Mitteln eine von Außenminister Marshall im Juni 1947 vor der Harvard-Universität angekündigte umfassende Stabilisierungspolitik betrieben¹¹⁸. In ihr wurden längerfristig angelegte Rekonstruktionspläne, eigene ökonomische Bedürfnisse (wie die Sicherung von Absatzmärkten) und die Eindämmung sowjetischer Einflüsse überaus erfolgreich miteinander verknüpft. Deutschland wurde, wie schon in den 20er Jahren, zunehmend zum Kernstück dieser amerikanischen Stabilisierungspolitik¹¹⁹. Eine vom Policy Planning Staff vorbereitete Studie faßte prägnant zusammen: „The importance of Germany to general European recovery is well-known and requires no statistical illustration. No impartial student of Europe's pre-war economy can fail to appreciate the vital significance which German productivity and German markets have had for the well-being. . . there can be no avoiding the fact that some further restoration of German production is essential to European recovery“¹²⁰.

Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay hatte allerdings unter dem Eindruck der sowjetischen Deutschlandpolitik in seinem Einflußbereich bereits seit 1946 eine pragmatische Stabilisierungspolitik betrieben, noch bevor die restriktive Direktive JCS 1067 vom April 1945 im Juli 1947 durch die konstruktive Direktive JCS 1779 ersetzt und Deutschland schließlich zum Eckpfeiler des European Recovery Program und damit auch offiziell zum Kernstück der Containmentpolitik wurde¹²¹.

VI.

Europa ist unbestreitbar Schwerpunkt, ja „klassisches“ Konfliktfeld des Kalten Krieges. Die globale Auseinandersetzung im ideologischen Bereich wurde seit Ende der 40er Jahre durch einen ebenfalls globalen machtpolitischen Konflikt ergänzt, der zunehmend auch die unterentwickelten Regionen erfaßte. Angesichts der Bedeutung der sog. „Dritten Welt“ als Aktionsfeld der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation seit den 50er Jahren überrascht es, daß die Frage nach der Funktion der unterentwickelten Regionen in die Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges bisher nicht ausführlicher behandelt worden ist. Zentrale Bedeutung kommt hier fraglos Mittel- und Südamerika zu, das Washington traditionell als Einflußsphäre der Vereinigten Staaten definierte. Eine Einbeziehung nament-

¹¹⁸ Vgl. aus der Fülle der Literatur zum Marshall-Plan zunächst John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford, California 1976; Ute Daniel, *Dollardiplomatie in Europa. Marshall-Plan, Kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52*, Düsseldorf 1982; Michael J. Hogan, *The Search for a „Creative Peace“: The United States, European Unity, and the Origins of the Marshall-Plan*, in: *Diplomatic History* 6 (1982), S. 267-285; sowie unter spezieller Berücksichtigung Deutschlands die vorzüglichen Aufsätze von Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten*, Wiesbaden 1977, S. 19-43, u. Werner Link, *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 50/80, 13. Dezember 1980, S. 3-18.

¹¹⁹ Zum Kontinuitätsproblem Werner Link, *Zum Problem der Kontinuität der amerikanischen Deutschlandpolitik im zwanzigsten Jahrhundert*, in: Manfred Knapp (Hrsg.), *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945*, Frankfurt/Main 1975, S. 86-131.

¹²⁰ *Certain Aspects of the European Recovery Problem From the United States Standpoint (Top Secret)*, 23. Juli 1947, in: NA, RG 59, Records of Charles E. Bohlen, Box 6.

¹²¹ Vgl. John H. Backer, *Priming the German Economy. American Occupational Policies 1945-*

lich Lateinamerikas in die Diskussion über die Frühphase des Kalten Krieges¹²² bietet insbesondere die Gelegenheit, auf die Widersprüchlichkeit der Washingtoner Außenpolitik in der für den Ost-West-Konflikt so zentralen Frage von Einflusssphären hinzuweisen. Lateinamerika kommt in diesem Kontext nicht zuletzt auch deshalb große Bedeutung zu, weil die Verschränkung traditioneller Elemente der Washingtoner Außenpolitik mit den spezifischen Bedingungen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in ihren Rückwirkungen auf unterentwickelte Regionen in Lateinamerika am klarsten zu diagnostizieren ist.

Was die traditionellen Elemente der Washingtoner Lateinamerikapolitik anbelangt, so hat die neuere Forschung überzeugend herausgearbeitet, daß die Roosevelt'sche Good Neighbor Policy keinen prinzipiellen Neubeginn, sondern lediglich einen Formwandel der Washingtoner Lateinamerikapolitik darstellte. Denn auch die Roosevelt'sche Lateinamerikapolitik orientierte sich ganz an den ökonomischen Bedürfnissen der USA. Sie steht somit in der Kontinuität der Washingtoner Politik seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Die Roosevelt'sche Lateinamerikapolitik zielte in ihrem Kern ebenfalls darauf ab, unter Zurückdrängung europäischer Einflüsse das Washingtoner „Informal Empire“ in der westlichen Hemisphäre weiter auszubauen¹²³.

Für die Nachkriegszeit war es zunächst Ziel der Regierungen Roosevelt und Truman, die während des Krieges noch verstärkte Hegemonialstellung in ihrer Einflusssphäre abzusichern. Der Krieg hatte im Zuge der schrittweisen Liquidierung vor allem des nationalsozialistischen Einflusses zu einer engen militärischen Kooperation Washingtons mit den meisten lateinamerikanischen Staaten – insbesondere mit Brasilien – geführt¹²⁴. Sichtbarer Höhepunkt dieser Zusammenarbeit war die auf der Konferenz von Mexico City (20. Februar bis 14. März 1945) verabschiedete Akte von Chapultepec¹²⁵. Die hier für die Dauer des Krieges vertraglich vereinbarten militärischen Beistandsverpflichtungen sollten nach Kriegsende auf einer weiteren inter-amerikanischen Konferenz in ein dauerhaftes Militärbündnis übergeleitet werden.

Mit dem sich abzeichnenden Sieg über die Achsenmächte übernahm dann die Abwehr des „internationalen Kommunismus“ eine wichtige Integrationsfunktion für die Zusammenarbeit der USA mit den lateinamerikanischen Staaten ein¹²⁶. Die Ergebnisse der Konferenz von Mexico City und namentlich die Akte von Chapultepec führte Botschafter George S. Messersmith in erster Linie darauf zurück „that everyone of the Latin American Republics came here with a deep fear of Soviet Russia in their hearts from both the political and the economic point of view“¹²⁷. Under Secretary of State Edward Stettinius be-

122 Vgl. David Green, *The Containment of Latin America. A History of the Myths and Realities of the Good Neighbor Policy*, Chicago 1971, S. 169 ff.; ders., *The Cold War Comes to Latin America*, in: Bernstein, *Truman Administration*, S. 149-195; Roger R. Trask, *The Impact of the Cold War on United States Latin America Relations, 1945-1949*, in: *Diplomatic History* 1 (1977), S. 271-284; Stanley E. Hilton, *The United States, Brazil, and the Cold War, 1945-1960: An End of the Special Relationship*, in: *Journal of American History* 68 (1981/82), S. 599-624; für die 40er Jahre wenig ergiebig der Überblick von F. Parkinson, *Latin America, the Cold War, and the World Powers 1945-1973. A Study in Diplomatic History*, London 1974, S. 11-20.

123 Vgl. bes. Gerald K. Haines, *Under the Eagle's Wing: The Franklin Roosevelt Administration Forges an American Hemisphere*, in: *Diplomatic History* 1 (1977), S. 373-388.

124 Vgl. Frank D. McCann, Jr., *The Brazilian-American Alliance 1937-1945*, Princeton, New Jersey 1973; Hilton, *The United States*, S. 599 ff.

125 Abgedruckt bei Robert Burr, *Latin America*, S. 3-5 (vol. III der in Anm. 55 zitierten Dokumentation *The Dynamics of World Power*).

126 Umfangreiches Material hierzu in: NA, RG 59, 810.00B/...

zeichnete es im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz von San Francisco als Aufgabe der amerikanischen Diplomatie, „to harmonize the regional agreement with the proposed general international Organization and yet overcome the fear of Latin American countries that Great Britain and especially the Soviet Union might interfere in inter-American affairs“¹²⁸. Das Unbehagen zahlreicher lateinamerikanischer Staaten über einen noch größeren Einfluß Washingtons¹²⁹ stand für die amerikanische Diplomatie freilich nicht zur Debatte.

Wenn die USA nach Kriegsende die in Aussicht genommene Bildung der inter-amerikanischen Militärallianz verzögerten, dann ist dies in erster Linie damit zu erklären, daß Washington die Debatte über amerikanische Wirtschaftshilfe für die lateinamerikanischen Staaten hinauszuschieben wünschte. Die zunächst unbefriedigende Zurückdrängung faschistischer Elemente in Argentinien – die Washington nicht davon abgehalten hatte, die Aufnahme Argentinien als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen durchzusetzen und damit die Sowjets zu provozieren –, diente jetzt als willkommener Vorwand der Verzögerungstaktik¹³⁰. Auf der Konferenz von Rio de Janeiro (10. Oktober bis 2. September 1947) kam es dann schließlich zum Abschluß eines alle lateinamerikanischen Staaten und die USA umfassenden Militärpaktes¹³¹. In Ergänzung dieser *militärisch-strategischen* Dimension wurden dann auf der Konferenz von Bogota (30. März bis 2. Mai 1948) mit der Gründung der Organisation Amerikanischer Staaten die *politischen* Rahmenbedingungen einer inter-amerikanischen Zusammenarbeit unter Führung der USA geschaffen¹³². Die Abwehr des „internationalen Kommunismus“ wurde zur Rechtfertigung dieser Formalisierung der militärischen und politischen Kooperation wiederholt bemüht, so etwa besonders pointiert in der Schlußakte der Konferenz von Bogota: „... by its anti-democratic nature and its interventionist tendency, the political activity of international communism or any totalitarian doctrine is incompatible with the concept of American freedom which rests upon two undeniable postulates: the dignity of man as an individual and the sovereignty of the nation as a state“¹³³.

Kurz vor der Konferenz von Bogota hatte der Policy Planning Staff im State Department zu einer solchen Resolution geraten¹³⁴. Der Planungsstab ging in seiner Analyse von der Prämisse aus, daß der „internationale Kommunismus“ ein Instrument des Kreml sei, „which the latter utilizes to advance Russian imperialistic designs and to supplant democracy throughout the world with a totalitarian police state system that suppresses human rights and civil liberties“. Mithin sei der internationale Kommunismus, so wurde gefolgert, „a direct and major threat to the national security of the United States, and to that of all of the other American Republics“. Gegenwärtig handele es sich allerdings nicht um eine *unmittelbare* Bedrohung, sondern eher um eine *potentielle* Gefahr, der es mit Präventivmaßnahmen zu begegnen gelte. Diese vorsichtige Lagebeurteilung – und hier

128 Thomas M. Campbell/George C. Herring (eds.), *The Diaries of Edward R. Stettinius, Jr., 1943-1946*, New York 1975, S. 284.

129 Vgl. Trask, *The Impact of the Cold War*, S. 272.

130 Vgl. Stephen G. Rabe, *The Elusive Conference: United States Economic Relations with Latin America, 1945-1962*, in: *Diplomatic History* 2 (1978), S. 279-294.

131 Vgl. FRUS 1947, VIII, S. 1-93.

132 Vgl. FRUS 1948, IX, S. 1-72; zu den Konferenzen von Rio und Bogota auch die Übersicht bei Nils Brandt, *Das amerikanische Friedenssystem. Idee und Wirklichkeit*, Hamburg 1971, S. 115 ff.

133 FRUS 1948, IX, S. 193.

134 PPS 26, 22. März 1948, in: NA, RG 59, Papers of the Policy Planning Staff; unter Fortlassung

manifestiert sich der enge Zusammenhang zwischen europäischer und inter-amerikanischer Entwicklung – bedürfe jedoch der Revision, falls sich die kommunistische Herrschaft in Europa und insbesondere in Italien oder Frankreich ausbreite. Denn angesichts der engen kulturellen Bindungen Lateinamerikas mit diesen Ländern müßte eine derartige Entwicklung in eine Stärkung des kommunistischen Einflusses in Lateinamerika münden. Daß die *unmittelbare* Bedrohung Lateinamerikas durch den „internationalen Kommunismus“ in internen Washingtoner Lagebeurteilungen zurückhaltender beurteilt wurde, zeigt im übrigen die Tatsache, daß man im Gegensatz zur europäischen Entwicklung ein Hilfsprogramm à la Marshall-Plan für Lateinamerika nicht als erforderlich erachtete¹³⁵. „Development rather than reconstruction is the fundamental-need-in-Latin-America“, lautete die Formel des State Department, mit der die lateinamerikanischen Staaten vertröstet wurden¹³⁶. So glaubte Washington auf die den lateinamerikanischen Staaten auf der Konferenz von Rio de Janeiro 1942 für die Nachkriegszeit in Aussicht gestellten Wirtschaftshilfen verzichten zu können. Die lateinamerikanischen Regierungen wurden vielmehr auf den privat-wirtschaftlichen Bereich verwiesen: Es komme darauf an, die sozio-ökonomischen Umweltbedingungen derart zu gestalten, daß Lateinamerika für private Investitionen attraktiver sei. Die vom privaten Bereich ausgehenden Impulse seien das beste Mittel, um den Lebensstandard in Lateinamerika zu heben. Damit werde dann auch ein Beitrag zur politischen Stabilität geleistet. Mit monotoner Beharrlichkeit wurde den lateinamerikanischen Regierungen das privatkapitalistische Modell als alternativlos auch für die Probleme Lateinamerikas empfohlen¹³⁷.

Die an staatsinterventionistischen Vorstellungen orientierten Wirtschaftskonzepte einiger lateinamerikanischer Regierungen wurden in die Nähe des Kommunismus gerückt und auf diese Weise diskreditiert. Assistant Secretary of State Spruille Braden bekräftigte etwa im September 1946 „that private enterprise is the best and in most circumstances the only really sound means to develop the known or unknown resources of a new country“. Privateigentum sei ähnlich wie Religion und Familie Bollwerk der Zivilisation¹³⁸. Ähnlich äußerten sich Truman und Marshall auf den Konferenzen von Rio und Bogota¹³⁹. In Bogota bestand die Truman Administration darauf, daß sich die lateinamerikanischen Staaten ausdrücklich zum privatkapitalistischen System bekannten. Washington verwies – wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg – auf den Modellcharakter des „American System“. Aus den eigenen Erfahrungen wurde die Legitimation abgeleitet, den lateinamerikanischen Staaten für die Lösung ihrer eigenen wirtschaftlichen Probleme das amerikanische Entwicklungsmodell zu empfehlen. Der außenpolitische Berater der Republikaner und spätere Außenminister John Foster Dulles, der die kommunistische Gefahr in Lateinamerika als die bisher schwerste Herausforderung der Monroe-Doktrin interpretierte, erblick-

te in der Absicherung des Privatkapitalismus in Lateinamerika ein wichtiges Mittel, um der Etablierung bolschewistischer Systeme in der westlichen Hemisphäre entgegenzuwirken¹⁴⁰.

Zwar fanden sich Truman und der Kongreß bereit, das Anleihevolumen der Export-Import-Bank für Lateinamerika um 500 Millionen Dollar zu erhöhen. Doch könne dieser Betrag keineswegs als Ersatz für die Anstrengungen dienen, die die lateinamerikanischen Regierungen unternehmen müßten, um Privatinvestitionen attraktiv zu machen. Es werde keinen Marshall-Plan für Lateinamerika geben, denn zum einen seien die finanziellen Ressourcen auch der USA nicht unbegrenzt, zum anderen sei das Marshall-Plan-Konzept auf Lateinamerika auch nicht anwendbar, weil die europäischen und lateinamerikanischen Wirtschaftsprobleme nicht vergleichbar seien. Der Wirtschaft in Lateinamerika sei am besten gedient, wenn es zu einer schnellen Rekonstruktion Westeuropas und damit zu einer Wiederbelebung des Welthandels komme¹⁴¹.

Durch die Politik des „postponement“ in bezug auf umfassende Hilfsprogramme für die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas¹⁴² hat Truman ungewollt einen Prozeß begünstigt, der dann langfristig den kommunistischen Einfluß in Lateinamerika in einem weitaus größeren Maße als in den 40er Jahren zur Realität werden ließ. Die Machtergreifung Fidel Castros auf Kuba markierte einen ersten dramatischen Höhepunkt dieser Entwicklung. Die vom ideologischen und machtpolitischen Gegensatz zu Moskau überlagerte Lateinamerikapolitik der USA und die daraus resultierende Vernachlässigung der lateinamerikanischen ökonomischen Probleme haben mit dazu beigetragen, daß die Außenpolitik Washingtons in den lateinamerikanischen Staaten erheblich an Glaubwürdigkeit einbüßte. Umfassende Hilfsprogramme, wie etwa die „Allianz für den Fortschritt“ wurden erst in Reaktion auf die sichtbaren Erfolge des Kommunismus in Lateinamerika ins Leben gerufen¹⁴³. Hier manifestiert sich in der ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion insofern eine Schwäche der amerikanischen Lateinamerikapolitik, als sie weitgehend Funktion der globalen Zielsetzung der USA einerseits und der ökonomischen Interessen der USA in Mittel- und Südamerika blieb.

Diese funktionale Bedeutung Lateinamerikas im Kontext der Frühphase des Kalten Krieges hat George F. Kennan kurz vor seinem Ausscheiden aus dem State Department in einem ausführlichen Memorandum hervorgehoben¹⁴⁴, als er die Bedeutung Lateinamerikas aus Washingtoner Perspektive im wesentlichen auf zwei Aspekte reduzierte: Lateinamerika sei zum einen wichtiges Element der amerikanischen strategischen Position im Kriegsfall (Rohstoffsicherung), zum anderen ein wichtiger Teil des nicht-kommunistischen internationalen Systems. Kennan stellte seine Überlegungen in die Kontinuität der Washingtoner Lateinamerikapolitik seit dem 19. Jahrhundert und berief sich ausdrücklich

¹³⁵ Vgl. etwa Clayton an Armour, 2. Dezember 1947, in: Frederick J. Dobney (ed.), Selected Papers of Will Clayton, Baltimore 1971, S. 224: „... I believe we should do everything we can to make it clear to our Latin American friends that the Marshall-Plan is wholly inapplicable to the Latin American situation and that we cannot consider extending it to that area.“

¹³⁶ Memorandum der Division of Special Inter-American Affairs, Office of American Republic Affairs (State Department), 28. Juli 1947, in: NA, RG 59, 810.51/11-647.

¹³⁷ Vgl. Hans-Jürgen Schröder, Amerika als Modell? Das Dilemma der Washingtoner Außenpolitik gegenüber revolutionären Bewegungen im 20. Jahrhundert, in: Erich Angermann (Hrsg.), Revolution und Bewahrung. Untersuchungen zum Spannungsgefüge von revolutionärem Selbstverständnis und politischer Praxis in den Vereinigten Staaten von Amerika, München 1979 (Beiheft 5 N.F. der Historischen Zeitschrift), S. 233 ff.

¹³⁸ Zitiert bei Green, The Containment of Latin America, S. 262.

¹⁴⁰ Vgl. Green, The Containment of Latin America, S. 263.

¹⁴¹ Vgl. die Botschaft Trumans an den Kongreß vom 8. April 1948, in: Burr, Latin America, S. 48 f.

¹⁴² Zum Problem der daraus folgenden Konservierung der strukturellen Abhängigkeit Lateinamerikas von den USA Samuel L. Baily, The United States and the Development of South America, 1945-1975, New York 1966.

¹⁴³ Vgl. Jerome Levinson/Juan de Onis, The Alliance that Lost Its Way. A Critical Report on the Alliance for Progress, Chicago 1970.

¹⁴⁴ Memorandum Kennan, 29. März 1950, in: FRUS 1950, II, S. 598: „Our relationship to Latin America occupies a vitally important place in our effort to achieve, within the non-communist world in general, a system of international relationships, political and economic, reasonably adequate to the demands of this post-war era, and henceforth qualified to serve as a rebuttal of the Russian challenge

auf die Monroe-Doktrin und ihre Interpretation durch James Buchanan, Richard Olney, Elihu Root, Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson und Robert Lansing. In Anlehnung an Außenminister Frank B. Kellogg bezeichnete Kennan die Monroe-Doktrin als „Doktrin der Selbstverteidigung“. Dieses Recht auf Selbstverteidigung gelte es in der Washingtoner Reaktion auf die kommunistischen Aktivitäten in der Neuen Welt durchzusetzen, um die Herausforderung des amerikanischen Weltmachtanspruches durch die Sowjetunion wirksam zurückweisen zu können.¹⁴⁵

Während sich die USA einerseits nachdrücklich für eine Open World einsetzten und die Etablierung einer sowjetischen Einflußsphäre in Ost- und Südosteuropa zum zentralen Thema der Auseinandersetzung mit Moskau machten, schickte sich Washington an, im Zuge einer Abwehrkampagne gegen den „internationalen Kommunismus“ seinen Hegemonialanspruch in der westlichen Hemisphäre durch multilaterale Verträge aktenkundig zu machen. Mit dem Rio-Pakt und der Gründung der OAS war das Konzept einer „Closed Hemisphere“ formalisiert¹⁴⁶. Im Selbstverständnis amerikanischer Politiker und Wirtschaftler ist diese Lateinamerikapolitik jedoch nicht als zu den globalen Zielsetzungen Washingtons im Widerspruch stehend gesehen worden. Im Gegenteil, mit zunehmender Verschärfung des Ost-West-Konfliktes wurde die Formalisierung der Washingtoner Dominanz in der westlichen Hemisphäre geradezu als Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes um die Durchsetzung des Open World-Konzeptes und damit der weltweiten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion interpretiert. In dieser globalen Auseinandersetzung sind Rio-Pakt und OAS-Charter Beispiele für den umfassenden Charakter der Trumanschen Containmentpolitik. Rio-Pakt und OAS sind Prototypen jener Verteidigungspakte und regionaler Organisationsstrukturen, derer sich die Washingtoner Regierungen mit der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes in zunehmendem Maße bedienten. Die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten erhielten, was die militärische und politische Komponente angeht, mithin paradigmatischen Charakter. Der Rio-Pakt ist nicht erst in der historischen Rückschau treffend als erster der zahlreichen „Cold War pacts“¹⁴⁷ charakterisiert und als Vorläufer des Nord-Atlantik-Paktes bezeichnet worden. Bereits im April 1949 unterstrich einer der politischen Hauptakteure, Außenminister Dean Acheson, gegenüber Präsident Truman den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Rio-Pakt und NATO: „The North Atlantic Treaty is patterned on the Treaty of Rio de Janeiro“¹⁴⁸.

Für die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen der USA zu Lateinamerika erfüllte die Betonung der kommunistischen Gefahr mithin wichtige Funktionen. Einerseits konnten die lateinamerikanischen Staaten im militärischen und politischen Bereich in die Pflicht genommen und im ökonomischen Bereich zu einer die Dominanz der USA perpetuierenden ordnungspolitischen Kooperation gedrängt werden. Für die innenpolitische Diskussion in den USA war die Betonung der kommunistischen Gefahr insofern von Bedeutung, als Öffentlichkeit und Legislative für die Eindämmung des Kommunismus durch umfangreiche Hilfsprogramme umso leichter zu gewinnen waren, wenn der „internationale Kommunismus“ auch die westliche Hemisphäre unmittelbar zu bedrohen schien.

¹⁴⁵ Vgl. zum Kennan-Memorandum auch Roger R. Trask, George F. Kennans Report on Latin America (1950), in: *Diplomatic History* 2 (1978), S. 307-312.

¹⁴⁶ So Green, *The Containment of Latin America*, S. 255 ff.

¹⁴⁷ So Gordon Connell-Smith, *The United States and Latin America. An Historical Analysis of Inter-American Relations*, London 1974, S. 199.

VII.

Der – wie das Beispiel Lateinamerika zeigt – zum Teil auch „übertriebene Antikommunismus“¹⁴⁹ erfüllte im Rahmen der Trumanschen Containmentpolitik generell eine wichtige innenpolitische Integrationsfunktion. Innerhalb der Regierung hatte sich der „antikommunistische Konsens“¹⁵⁰ bereits im Laufe des Jahres 1946 weitgehend durchgesetzt. Die Entlassung von Handelsminister Wallace, einem der prominentesten Kritiker des Trumanschen Konfrontationskurses, macht dies deutlich¹⁵¹. Die verstärkte ideologische Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem wurde von vielen Politikern als wichtiges Instrument – zur innenpolitischen Absicherung der Trumanschen Politik und namentlich zur Durchsetzung der von Truman und Marshall angekündigten Hilfsprogramme angesehen: „Mr. President, if that's what you want, there's only one way to get it. That is to make a personal appearance before Congress and scare hell out of the country“, riet der Republikanische Senator Vandenberg¹⁵². Die dann von Truman in seiner Rede vom 12. März 1947 angewandte „Schocktherapie“¹⁵³ zeitigte sowohl im Kongreß als auch in der Öffentlichkeit die beabsichtigte Wirkung. Hatten in der öffentlichen Reaktion auf Churchills berühmte „Iron Curtain“-Rede vom 5. März 1946 die kritischen Stimmen noch überwogen, so ermittelten Meinungsumfragen im März 1947 für die Trumansche Eindämmungskonzeption eine klare Mehrheit¹⁵⁴. Die schnelle Reaktivierung einer antisowjetischen Frontstellung in der amerikanischen Öffentlichkeit resultierte zunächst aus den seit Kriegsende immer stärker sichtbar werdenden ordnungs- und machtpolitischen Differenzen zwischen Washington und Moskau. Außerdem konnte durch die Propagierung einer Faschismus und Stalinismus zugleich erfassenden Totalitarismusdeutung¹⁵⁵ die ideologische Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland fast nahtlos in eine anti-sowjetische Frontstellung kanalisiert werden; Hinweise auf die deutsch-sowjetische Kooperation im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes verfehlten ihre Wirkung nicht¹⁵⁶. Im Jahre

¹⁴⁹ So Bernd Bonwetsch, *Kalter Krieg als Innenpolitik: Überlegungen zu innenpolitischen Bedingungen des Ost-West-Konfliktes nach 1945*, in: *Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Festschrift für Eberhard Naujoks, Sigmaringen 1980*, S. 24; ausführlicher Richard M. Freeland, *The Truman Doctrine and the Origins of McCarthyism. Foreign Policy, Domestic Politics, and Internal Security 1946-1948*, New York 1972.

¹⁵⁰ Vgl. das entsprechende Kapitel bei Daniel Yergin, *Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*, Boston 1977 (deutsch: *Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas*, Frankfurt/Main 1979), S. 221 ff.

¹⁵¹ Vgl. zu Wallace bes. Ronald Radosh/Leonard P. Liggio, Henry A. Wallace and the Open Door, in: Thomas G. Paterson (ed.), *Cold War Critics. Alternatives to American Foreign Policy in the Truman Years*, Chicago 1971, S. 76-113; Richard J. Walton, Henry Wallace, Harry Truman, and the Cold War, New York 1976.

¹⁵² Zitiert bei Erich Angermann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917*, 6. Auflage, München 1978, S. 297.

¹⁵³ Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War*, S. 351.

¹⁵⁴ Vgl. George H. Quester, *Origins of the Cold War: Some Clues from Public Opinion*, in: *Political Science Quarterly* 93 (1978), S. 647-663.

¹⁵⁵ Vgl. Les K. Adler/Thomas G. Paterson, *Red Fascism: The Merger of Nazi Germany and Soviet Russia in the American Image of Totalitarianism, 1930s-1950s*, in: *American Historical Review* 75 (1970), S. 1046-1064; Paterson, *On Every Front*, S. 76 f.

¹⁵⁶ Bezeichnenderweise entschloß sich das State Department im Vorgriff auf die geplante Publikation der Akten zur deutschen auswärtigen Politik zu einer Sonderveröffentlichung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1939-1941: Raymond James Sontag/James Stuart Beddie (ed.), *Nazi-Soviet Relations 1939-1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office, Wa-*

1947 hatte sich in den Vereinigten Staaten von Amerika mithin ein umfassender Konsens für eine kompromißlose Politik gegenüber der Sowjetunion durchgesetzt¹⁵⁷. Die Frage nach Alternativen zur Trumanschen Containmentpolitik hat sich jetzt ernsthaft nicht mehr gestellt. Der Kalte Krieg war zur Realität geworden.

¹⁵⁷ Zu den innenpolitischen Rückwirkungen Freeland, The Truman Doctrine; Bonwetsch, Kalter